

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 6/8,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2,50,
frei ins Haus M. 3,00,
wo keine Post am Orte M. 3,50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt
für die einseitige Colonnenzeile
abre deren Raum 30 Pf.
Zweiseitige Inserate 40 Pf.
Tageszeile unter Zug 1 Pf.
Inserate für Arbeitsmarkt 25 Pf.
Publizität 25 Pf.
Korrekturen in der Redaktion
15 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 124.

Breslau, Freitag, den 31. Mai 1912.

23. Jahrgang.

Belgien vor den Wahlen.

Am kommenden Sonntag, den 2. Juni, finden in ganz Belgien die Kammerwahlen statt, deren Ergebnis entscheidet, ob dort noch länger das kirchliche System regieren soll. Da diesmal eine Gesamterneuerung der Kammer statt der sonst erfolgenden Wahl der Hälfte der Abgeordneten stattfindet, da auch infolge der Volksvermehrung 20 neue Abgeordnete hinzukommen, hat die Wahl schon eine größere Bedeutung. Sie zeltigte eine ungeheure Bewegung, die wirklich einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der kirchlichen Partei und ... Seiden auf dem Boden moderner Weltanschauung führenden Parteien des ... und des Sozialismus bedeutet.

Das Wahlrecht zur Kammer ist seit 1893 ein nahezu allgemeines Männerwahlrecht. Voraussetzung ist ein Alter von 25 Jahren und einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde. Dagegen ist es ungleich, Familienväter von 35 Jahren, die 5 Franks Steuer zahlen, ferner Inhaber von Grundbesitz im Werte von 48 Franks jährlicher Pacht oder einer Staatsrente von 100 Franks, die 25 Jahre alt sind, haben eine zweite, Bürger mit akademischer Bildung und die bestimmte höhere öffentliche Ämter bekleiden, haben eine dritte Stimme.

Es ist klar, daß dies Wahlrecht den Besitz und besonders den konservativen Grundbesitz mächtig beahmigt und die Arbeiter wie überhaupt die städtischen Bewohner benachteiligt. So hatten nach den letzten veröffentlichten Wahllisten von 1900/01 915.673 Wähler je eine Stimme, 318.099 je zwei und 239.181 je drei Stimmen, sodaß über 900.000 Wähler von noch nicht 600.000 weit überstimmt werden. Am meisten leiden darunter natürlich die Sozialisten, weniger die Liberalen, während der ganze Vorteil den Kirchlichen zufallen muß. Natürlich haben diese sich durch geschickte Anwendung der kirchlichen wie der staatlichen Macht eine Reihe weiterer Vorteile gesichert, wie auch das Proporzsystem in seiner belgischen Gestalt — große Wahlkreise, bei denen die kirchliche Minderheit voll zur Geltung kommt, in den großstädtischen und Industriebezirken, kleine mit Verkümmern der antikirchlichen Minderheiten in den Landbezirken — ihnen zum Vorteil gereicht. So erhielten bei den beiden letzten Wahlen von 1908 und 1910 die Kirchlichen mit zusammen 1.195.560 Stimmen 86 Abgeordnete, während die Opposition mit zusammen rund 1.240.500 Stimmen (Sozialisten, Liberale und Christlich-Demokraten oder Daensisten) nur 80 Sitze erhielten. So steht selbst mit Mehrstimmwahlrecht und unter Begünstigung kleinerer, nicht zur Regierungspartei gehörender Gruppen hinter der Mehrheit der Kammer keine Mehrheit der Stimmen mehr. Die Vermehrung der Abgeordneten und die Empörung weitester Volkskreise über die zugleich bildungsfeindliche und höchst eigennütige, dabei vor den niedrigsten Herrschafts- und Kampfmitteln nicht zurückweichenden kirchliche Politik, werden diesmal hoffentlich eine größere Stimmendifferenz und statt der allmählich sich vollziehenden Abdrückung der Mehrheit deren völligen Sturz bringen.

Im ganzen gibt es 30 Kreise, die bisher 166 Abgeordnete, diesmal aber 186 wählen. Der größte Wahlkreis, Brüssel mit Vororten, hatte bisher 21 Vertreter (9 Kirchliche, 7 Liberale, 5 Sozialdemokraten), Antwerpen 13, Lüttich 12, Gent 11, während es andererseits eine Menge Kreise mit 4, 3 und einen mit 2 Abgeordneten gibt. Die Stärke der Fraktionen war bisher folgende: 34 Sozialisten, 45 Liberale, 1 Christlicher Demokrat, 86 Kirchliche. Daß die Oppositionsparteien infolge der Vermehrung der Abgeordneten eine Verstärkung gegenüber der Mehrheit erfahren werden, ist wahrscheinlich. Die alte Mehrheit zu brechen aber bedarf es noch einer Verschiebung innerhalb der Wählerschaft, die von dieser geschichtlich bedeutsamen Wahl wohl erwartet werden darf.

Nach Portugal wird sich Belgien der kirchlichen Mißwirtschaft und Geißelnacht entziehen.

Der Papst gegen die christlichen Gewerksvereine.

Der fünfzehnte Delegiertentag des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), der zu Pfingsten in Berlin stattfand, hat für die Geschichte der außerhalb der modernen proletarischen Bewegung stehenden Arbeiterverbände durch eine Rundgebung des Papstes besondere Bedeutung erlangt. In dieser Rundgebung spricht der Papst den Wunsch aus, daß sich die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auflösen und ihren katholischen Mitgliederbestand den katholischen Arbeitervereinen angliedern mögen. Der Papst begnügt sich also nicht mit den weitgehenden Konfessionen, die die christlichen Gewerksvereine der streng katholischen, ultrareaktionären Richtung gemacht haben, er fordert ihre lückenlose Konfessionalisierung und Kirchlifizierung.

Die Rundgebung, die Pius X. an den Vertreter der katholischen Arbeitervereine, den Pfarrer Beker, richtete, hat folgenden Wortlaut:

Ich kenne Euer Grundzüge und Euer Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen Eurer Organisation und anderen. Euch liebe ich, Euch billige ich, und Euch erkenne ich an, und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle Euer Grundzüge sich zu eigen machen mögen. Die anderen billige ich nicht; ich verdamme sie nicht; denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundzüge, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen.

Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt, so müssen sich daraus traurige Folgen ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, zum Beispiel von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Dingen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Konfessionsalismus, das heißt zur Veragung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.

Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied von der Organisation trennen, so daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche; das ist ganz unrichtig, unhaltbar und unbedenkbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten.

Sagt Euren Freunden und den lieben Arbeitern: Der heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und läßt mit Euch und wünscht lebhaft, daß alle anderen Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen. Ich will, daß Du allen Brüdern und Mitgliedern sagst: der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.

Daß der Papst mit den „anderen Organisationen“ nicht die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften meinen kann, braucht wohl nicht näher ausgeführt werden. Denn zwischen den Ausführungen dieser Gewerkschaften und jenen des Papstes gibt es keinen gemeinsamen Boden der Diskussion. Die anderen Organisationen sind die christlichen Gewerksvereine, gegen sie richten sich die scharf zugespitzten polemischen Wendungen des päpstlichen Erlasses. Das wird umso klarer, wenn man zum genaueren Verständnis auch den Text der Adresse heranzieht, die die katholischen Arbeitervereine an den Papst erlassen haben und als deren Beantwortung sich der neueste Papstbrief darstellt.

Diese Adresse ist eine in den durchsichtigsten Formen gehaltene Denunziation der christlichen Gewerksvereine beim päpstlichen Stuhl. Von der Organisation der katholischen Arbeitervereine wird hier gesagt:

Sie verwirft den Grundsatz, daß die Arbeit und das Wirtschaftsleben als „rein wirtschaftlich“ anzusehen sind und dadurch aus dem Komplex mit dem übernatürlichen Leben und der Verbindung mit Gott und dem letzten Ziele acrisieren werden. Sie verwirft mit der Enzyklika *Quoniam* insbesondere die Vorstellung, daß zwischen dem Stande der Arbeitgeber und Arbeiter ein natürlicher Gegensatz bestehe; sie erkennt vielmehr mit derselben Enzyklika an, daß beide Stände durchaus aufeinander angewiesen und von Natur zu beiderseitigem friedlichen Zusammenwirken berufen sind.

Gerade um dieses friedlichen Zusammenwirkens willen ist aber unter Verband Geandert und der heftigsten Anfeindungen seitens aller jener Arbeiterverbände geworden, welche ihre Hoffnung vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Machtkampf setzen. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) erstrebt den Frieden in der Gesellschaft und erweist sich deshalb als eine eminent staatsbehaltende Macht, als festes Bollwerk gegen den Umsturz, sowie als sichere Stütze der gesellschaftlichen Ordnung und staatlichen Autorität.

Wie der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) gemäß den Weisungen der Kirche ganz auf der Religion aufgebaut ist und deren Lehren im praktischen Leben zu verwirklichen bestrebt ist, so erklärt er auch, daß sowohl seine einzelnen Mitglieder, als insbesondere auch die Besserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses erstrebenden Gewerkschaftsorganisationen als solche in Fragen der Religion und Moral derjenigen Instanz unterstehen, welche Gott selbst als Hütern seines Gesetzes eingesetzt hat, und zwar auch für das öffentliche Leben. Offen und frei bekennend sich deshalb der Berliner Verband in seinem ganzen Wirken zur Autorität des hl. Stuhles und der von Gott gesetzten Dikter der Kirche, wohl wissend, daß alles Heil und alles Wohl der einzelnen wie der gesamten menschlichen Gesellschaft nur durch die Verbindung mit derjenigen Autorität zu erzielen ist, welche von Gott selbst zur Verkündigung seines Gesetzes angelegt ist.

Um dieser dreifachen Rechtlime willen wird der Berliner Verband von vielen Seiten bekämpft, insbesondere von allen, welche lehren, daß die Bestrebungen zur Besserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses als angeblich „rein wirtschaftlich“ mit der Religion keinen Zusammenhang haben, und daß deshalb diejenigen Organisationen, welche diese Bestrebungen verfolgen, als solche der Jurisdiktion der Kirche nicht unterstehen.

Wer die Kämpfe zwischen der Berliner und der M. Gladbacher Richtung verfolgt hat, erkennt in jedem Wort dieser Adresse eine denunziatorische Spitze gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerksvereine. Denn alle Grundzüge, die hier verworfen werden, werden entweder von den „Christen“ vertreten oder ihnen wenigstens von ihren strengkonfessionellen Gegnern unterschoben. Und der Papst antwortet auf diese Denunziation, indem er den Denunzianten in allem und jedem Recht gibt!

Es ist in der sozialdemokratischen Presse angekündigt worden, daß nach den Wahlen — nachdem der Mohr seine Schuldigkeit getan — ein päpstliches Verbot gegen die christlichen Gewerksvereine erfolgen werde.

Diese Nachricht wurde damals von den Betroffenen ins Reich der Fabel verwiesen, obwohl sie selber ganz genau wußten, wie ihre Sache stand. Sie haben dann durch ihre Streikbrechertätigkeit beim großen Vergarbeiterstreik und durch die Anerkennung eines recht weitgehenden Ausführsrechts des Klerus über ihre Organisation, die sie durch ihren protestantischen Generalsekretär, Herrn Behrens, aussprechen ließen, den rollenden Felsblock aufzuhalten versucht — es ist ihnen nicht gelungen! Sie werden jetzt ihre ganze Auslegungskunst spielen lassen müssen, um zu beweisen, daß die päpstliche Rundgebung ein Verbot der christlichen Gewerksvereine nicht enthalte. Das heißt aber nichts anderes, als die Mitglieder der christlichen Vereine über den wirklichen Willen des Papstes täuschen. Der Papst will, daß die katholisch gläubigen Arbeiter nicht den christlichen Gewerkschaften, sondern den katholischen Arbeitervereinen angehören sollen. Da aber die herrschende Richtung im Zentrum und der katholische Volksverein in den christlichen Gewerksvereinen ihre Hauptstütze erblickt, richtet sich das Urteil des Papstes auch gegen sie.

Für die Industriearbeiter des katholischen Volksteils gibt es danach nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie müssen sich den Arbeitervereinen (Sitz Berlin) anschließen und sich in ihrem ganzen privaten und öffentlichen Leben vorbehaltlos der Führung durch die römische Kurie unterwerfen, oder sie müssen entschlossen auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung treten, die nicht nach den religiösen Anschauungen des einzelnen fragt, aber den arbeitenden Massen des Volkes in politischen und wirtschaftlichen Fragen ein vollkommen freies Selbstbestimmungsrecht zuspricht.

Was dazwischen ist, ist vom Uebel. Den christlichen Gewerksvereinen ist durch diese Rundgebung der Boden unter den Füßen weggezogen.

Politische Uebersicht.

Die positiv arbeitende Sozialdemokratie.

Eines der Mitglieder des „Propaganda-Ausschusses für Groß-Berlin“ Dr. Werner Hegemann zieht in einem Aufsatz, der in verschiedenen Blättern erscheint, eine Parallele zwischen der Schaffung eines Groß-Berlin und der Einigung des Deutschen Reichs, und er meint, daß auch das neue Kommunalgebilde sich auf dem Boden des allgemeinen und direkten Wahlrechts (hoffentlich ist das geheime und gleiche nicht abhichtlich weggelassen) aufbauen müsse. Am interessantesten aber ist seine Ansicht über die Rolle, die der Sozialdemokratie bei einem solchen „Groß-Berlin“ zufällt:

Die Regierung wird ihre Bedenken gegen die sozialdemokratischen Mehrheiten, die derartige, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Wahlen bringen könnten, um so schneller beiseite setzen können, je mehr sie sieht, daß sie bei ihren neuzeitlich orientierten Bestrebungen auf dem Gebiete der Baupflichtordnungen und des Bebauungsplanwesens, denen sich sehr bald ähnliche Bestrebungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Freizeitanlagen und Parks und besonders auch des Kommunalsteuerwesens anschließen müssen, viel wertvolle Widerstände bei den Sozialdemokraten als bei den Grundbesitzer-Parlamenten findet. Wie heute als Unparteiischer mit Vertretern der Regierung über die Möglichkeit spricht, sozialpolitisch Forderungen namentlich auf dem Gebiete des Städtebaues bei den Kommunen durchzusetzen, wird es geradezu komisch finden, mit welcher Verhöhnung er darauf hingewiesen wird, daß in der Sozialdemokratie ziemlich zuverlässige Förderer der geforderten Maßregeln vorhanden seien.

Das ist das richtige Wort: „er wird es geradezu komisch finden müssen“, denn zu dem, was die Vertreter der Regierung in der Unterhaltung sagen, stehen die Tiraden, mit denen sie vor das Forum der Parlamente treten, in schreiendem Widerspruch. Hier wird zum Kampf gegen dieselbe Sozialdemokratie geblasen, deren wertvolle positive Mitarbeit in der Sozialreform im stillen Kämmerlein anerkannt wird. In der Öffentlichkeit werden die als bedenkliche und unwürdige Elemente gebrandmarkt, ohne deren Mitwirkung nicht nur in der Kommune, sondern auch im Staate manche Maßregel unausgeführt bliebe, die auch vor den staatlichen und städtischen Behörden als im Interesse des Gemeinwohl liegend anerkannt wird, zu der aber die Zustimmung der „staatsbehaltenden“ Parteien nur schwer zu haben ist.

Hypothekennot und Wankschwindel.

Bei den Klagen über die großen Schwierigkeiten der Beschaffung zweiter Hypotheken in vielen Städten wird oft übersehen, daß diese Hypothekennot zu einem sehr wesentlichen Teil durch die Ueberschätzung des Grundbesitzes hervorgerufen ist. Je mehr die Großbanken für der Terrainspekulation bemühtigten, um so stärker liegen die Bodenpreise, in demselben Tempo erhöhten sich auch die Beträge der ersten Hypotheken, denn die großen Versicherungsinstitute, die in intimster Verbindung mit den Großbanken stehen, paßten ihre Taten und Bestrebungen

zur ersten Stelle den ...
an. Dadurch ist auf dem Hypothekemarkt eine in der Tat höchst bedenkliche Situation geschaffen worden, die sich in der Zurückhaltung des kapitalistischen Publikums in der Übernahme zweifelhafter Hypotheken äußert.
Gewiß sind die Beleihungsgegenstände schon geregelt, bis höchstens 60 Prozent des Grundstückwertes darf die Summe der ersten Hypothek reichen, eine Bestimmung, deren Wert selbstverständlich von der Zuverlässigkeit der Tagelohnabhängigen. In unzähligen Fällen hat sich die Wertlosigkeit der Tagelohnabhängigen, jedoch fast das Mißtrauen gegen die Sicherheit der zweiten Hypotheken ausreichend erklärt. Weshalb werden natürlich zweite Hypotheken als durchaus sichere Anlagen zu gelten haben, doch nur Sachkundige lassen sich durch die Ausfälle, die aus zweiten Hypotheken besonders in den Zentren der Ausbeutung entstanden sind, von Grundstückbeleihungen an zweiter Stelle nicht abschrecken.

Selbst von den an der Terrain speculation beteiligten Großbanken müssen die geschickten Ursachen der Hypothekennot als richtig angegeben werden. Nämlich verbreiteten mehrere Großbanken ein Zirkular, das sich gegen verschiedene Handelsblätter richtete, die die Unterbringung von chilenischen Hypothekenobligationen in Deutschland u. a. mit dem Einwand bekämpften, daß der deutsche Immobilienmarkt die Gelder, die nach Chile gegeben werden sollen, selbst dringend benötige. Dieses Bankenzirkular enthielt folgenden Passus:

„Wenn gesagt wird, daß kein Anlaß vorliegt, den Grundbesitz Chiles zu unterstützen, zumal unsere eigene Immobilienwirtschaft zurzeit dringend der Unterstützung bedarf, so weiß jeder Laie, daß die ungünstigen Verhältnisse des deutschen Immobilienmarktes auf ganz anderen Momenten beruhen, als auf dem Mangel an Kredit, nämlich auf den hohen Steuern und Abgaben und auf den vielfachen Gewinnen, um nicht zu sagen den schwindelhaften Geschäften, mit denen der deutsche Immobilienmarkt belastet ist.“

Das sind Gesandnisse, die außerordentlich wertvoll sind, denn die Banken, die die Emission der chilenischen Hypothekenpfandbriefe übernahmen, haben, wie bereits bemerkt, an der Terrain speculation umfangreiche Interessen und tragen selbst an den von ihnen kritisierten Verhältnissen die allergrößte Schuld. Für ihre Behauptung, daß die Schwierigkeiten auf dem Hypothekemarkt nebenbei auch durch hohe Steuern hervorgerufen sind, werden keine Beweise herbeizubringen in der Lage sein, es handelt sich dabei um eine Verlegenheitsphrase, die der Abneigung gegen die Reichwertzuwachssteuer entspringt. Es ist wirklich eine zu närrische Annahme, daß die Besteuerung der bei dem Verkauf von Grundstücken erzielten Gewinne zu den Störungen auf dem Grundbesitz- und Hypothekemarkt beigetragen haben soll, wahr ist nur, daß die unsolidesten Terrainverkäufe ohne Wertzuwachssteuer vielleicht einen noch größeren Umfang angenommen hätten, als es schon ohnedies der Fall ist, denn durch den Zwang zur Entrichtung von Wertzuwachssteuern werden die schlimmsten Schein- und Schiebergeschäfte unterbunden.

Kleine Anfragen in London und Berlin.

Mit der Annuit der Umgangsformen, die ihm eigen ist, hatte Herr v. Stiderten sich im Reichstag auch über die neue Einrichtung der kleinen Anfragen ausgelassen. Er stellte dabei die Behauptung auf, im englischen Parlament lautete die Antwort auf die „allergrößte Mehrzahl“ der Anfragen einfach verneinend. Der Staatssekretär wollte damit also ganz und sinitig andeuten, daß der Reichstag mit dieser Neuerung etwas höchst Ueberflüssiges geschaffen habe. Das „Berliner Tageblatt“ hat die Fragen etwas genauer untersucht und folgendes gefunden: In der Sitzung des Unterhauses vom 22. Mai wurden aus dem Hause 17 (in Worten: siebzehn) Anfragen an verschiedene

Mitglieder der Regierung, den Marineminister, den Generalpostmeister, den Minister des Auswärtigen, den Minister des Innern und andere gerichtet. Von diesen 17 Anfragen wurden 15 (in Worten: fünfzehn) durch eine positive, zum Teil recht ausführliche Auskunft beantwortet. Mit einer Verehrlichkeit, die von den parlamentarischen Gewohnheiten seines deutschen Kollegen sehr vortheilhaft absteht, gab namentlich Sir Edward Grey Auskunft über den Fall eines Franzosen Malacka, einer Polin, die das englische Staatsbürgerrecht besitzen soll, auf einer Reise in Polen aber verhaftet und zur Verurteilung nach Sibirien verurteilt wurde. Ein Mitglied der Mehrheit fragte, der Minister des Auswärtigen gibt eine längere Auskunft; ein anderes Mitglied der Mehrheit erweitert die Frage, der Minister antwortet wieder; der erste Fragesteller wünscht noch zweimal Genaueres zu wissen, der Minister befriedigt seine Neugier beide Mal; ein dritter Abgeordneter der Mehrheit stellt eine Frage zur Sache und erhält seine Antwort; endlich fragt auch ein Mitglied der Opposition etwas, und — so unglücklich das Herr von Stiderten auch klingen mag — wird ebenso sachlich und höflich bedient, wie die Fragesteller der regierenden Mehrheit. Am lezten kommt der Abgeordnete, der die Frage angebracht hatte, noch auf einen Punkt zurück, und Sir E. Grey gibt in der nämlichen Sache zum 7. (in Worten: siebenten) Mal Auskunft. Herr v. Stiderten würde gleich auf die erste Frage geantwortet haben: „Es schweben Verhandlungen, über die wir aber zurzeit nichts sagen können.“ Sollte der Fragesteller sich damit nicht begnügt, so würde Herr v. Stiderten, dieser rege Geist und starke Mann, nach einer Pause angestrengten Sinnes erwidern haben: „Ich habe meiner ersten Antwort nichts hinzuzufügen.“ Und die Rechte hätte ihm zugejubelt über die Schlagfertigkeit und schneidige Art, wie er die Autokratie der Reichsregierung wieder einmal gegen „destruktive Tendenzen“ verteidigt habe.

Der erste Oberstleutnant in einer Oststrankenliste.

Die Bochumer Oststrankenliste wird den Ruhm haben, als erste einen Oberstleutnant a. D. als Kandidaten aufzutragen zu bekommen. Und das auf folgende Weise:

Die Christen, die dank eines raffiniert zu ihren Gunsten gehandhabten Gruppenwahlsystems sämtliche Arbeitnehmerliste im Vorhande in Händen haben, entdeckten vor einiger Zeit gelegentlich der Suche nach Material gegen den ihnen nicht genehmen Kandidaten eine Reihe mehr oder minder großer Unregelmäßigkeiten, die unter Zustimmung oder auch direkter Mitwirkung des Vorsitzenden, eines angesehenen Kaufmanns, vorgekommen sind, teilweise sogar die Zustimmung von Arbeitnehmervertretern gefunden hatten.

Die Ausschussbehörde, die feinerweit die Wahl des Kandidaten protegiert hatte, sah sich schließlich genötigt einzugreifen. Der Kandidat wurde einwörtlich von seinem Amte suspendiert. Obwohl die Frage, ob der lebenslanglich angestellte Kandidat entlassen werden kann, noch nicht entschieden ist, haben es die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmervertreter mit der Neubesetzung der Stelle sehr eilig, und zwar wollen die Christen schnell einen der Ihren unterbringen, während die Arbeitnehmervertreter — die bei der letzten Vertreterwahl von den Christen überlistet worden sind, weil sie nicht nach der christlichen Pfeife tanzten wollten — „ihren“ Mann unter Dach und Fach bringen wollen.

Dieser Mann ist der Oberstleutnant und Bezirkskommandeur Mener in Bochum, ein alter Herr, der, nebenbei bemerkt, nichts für die Befähigung zur Felleidung des Kandidatenpostens in die Wagchale zu werfen hat, als seine Sozialistenfeindschaft.

Dem Herrn Oberstleutnant, der bereits auf sein Gehalt seinen Abschied erhalten hat, wird freilich nachgerühmt, daß er „Gerechtigkeit genommen hat“, sich bei der Ausschussbehörde einige Zeit mit der Materie vertraut zu machen. Und das läßt darauf schließen, daß der Vorschlag, diesen Bezirkskommandeur zum Kandidaten zu machen, von der Ausschussbehörde — direkt oder indirekt — ausgegangen ist.

Da nun die Christen für ihren Kandidaten gestimmt haben, die Arbeitnehmervertreter für den Bezirkskommandeur, somit eine Einigung nicht zustande gekommen ist, so hat nach

der Reichsversicherungsordnung, die mit Hilfe der Zentrumschristen geschaffen wurde, um die Krankenkassen von den „sozialdemokratischen Terroristen“ zu befreien, die Ausschussbehörde zu entscheiden.

Die Prophezeiung der sozialdemokratischen Gegner der Reichsversicherungsordnung, die in der Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts nur ein Mittel sahen, Sinekuren für Militäre zu schaffen, ist schnell in Erfüllung gegangen. Besonders pikant ist dabei der Umstand, daß es eine in christlichen Händen befindliche Kasse ist, die als erste mit den Juden geächtigt wird, die das Zentrum blinden half.

Ein preussischer „Steg“ über Ostfriesland. Direktor Peller von der elsaß-lothringischen Maschinenfabrik Grafenstaden entschloß sich, im Interesse der Arbeiterschaft zurückzutreten. Das Entlassungsgesuch wurde vom Ausschussrat genehmigt. — Die Arbeiter werden sich ihre Gedanken machen, wo ihre Freunde sitzen. Auf Preußen dürften sie dabei nicht kommen!

Der Gottesdienst in Feld und Wald. Der Generalfeldmarschall Freiherr v. D. Goltz findet gegenwärtig ein Hauptnervigen darin, die aus den Söhnen der besthenden Klassen sich rekrutierenden Pfadfinderguppen zu beschäftigen. Für die Pfingstfeiertage waren aus den verschiedensten Gegenden des Reiches die Vertreter dieser sogenannten Pfadfinder nach Berlin gekommen, um gemeinsam das Pfingstfest „in Feld und Wald zu feiern“. Der Clou des Tages war ein „Konfessionsloser Feldgottesdienst“. Die „Germania“ ist außer sich vor Entsetzen darüber, daß an einen solchen „konfessionslosen Gottesdienst“ überhaupt nur gedacht werden kann. Ihre Entrüstung hat noch eine Steigerung dadurch erfahren, daß der konfessionslose Gottesdienst von dem Generalinspektendenten Labuhn abgehalten worden ist. Sie fürchtet für die Seelenheil der katholischen Pfadfinder und schreibt im Tone größter Verärgerung:

„Ein schöner „konfessionsloser Feldgottesdienst“ am heiligen Pfingstfest, das doch auch den Protestanten immer noch als ein hoher kirchlicher Feiertag gilt, der nicht „in Feld und Wald“, sondern in der Kirche seine richtige religiöse Weihe erhält! In dieser Auffassung glauben wir sogar mit der „Augsburger Allgemeine“ und dem „Reichsboten“ eines Sinnes zu sein. Kann man denn auf evangelischer Seite sich darüber noch wundern, daß an den Sonn- und Feiertagen die protestantischen Kirchen leer bleiben, wenn auf diese und ähnliche Weise sogar die heiligen „konfessionellen“ Jugend von dem Besuche des Gottesdienstes in der Kirche ferngehalten wird? Wir sind gespannt darauf, was die evangelischen Blätter dazu sagen werden.“

Die „Germania“ vertritt schließlich den Standpunkt, daß ein konfessionsloser Gottesdienst überhaupt nicht denkbar ist, und warnt die katholischen Eltern dringend davor, ihren Kindern den Beitritt zu solchen Vereinen zu gestatten.

Ein preussischer Richteramt wurde am Dienstag in Hannover abgehalten. Man beschäftigt sich mit der Frage, ob die Zulassung von Assessoren zum richterlichen Vorbereitungsdienst eingeschränkt werden solle. Die Meinungen der beiden Referenten gingen weit auseinander. Landgerichtsdirektor Grimm wollte eine Beschränkung nach dem Bedarf eintreten lassen, während Amtsgerichtsrat Falzow-Berlin jeder Einschränkung entschieden widersprach, da sie zu einer Aristokratisierung des Richterstandes, sowie zur Befestigung der Richter nach politischen Gesichtspunkten führen könnte. Wer Richter werden wolle, müsse eben das Risiko auf sich nehmen, wegen Überfüllung schließlich nicht angestellt zu werden. Besonders führte Falzow ins Feld, daß beim Eintreten der von ihm bezeichneten Folgen die Nachsprechung das jegige Vertrauen im Volke verlieren würde. (Es wäre nicht uninteressant, dieses Vertrauen durch eine geheime Volksabstimmung zahlenmäßig festzustellen!) Nach längerer Debatte wurde eine vermittelnde Resolution des Amtsgerichtsrats Rietsch-Werlin angenommen, die wünscht, daß auf Grund der Prüfungsergebnisse, sowie einer zweijährigen Bewährungszeit den Assessoren mitaeteilt werde, ob sie Aussicht haben, zu Richtern ernannt zu werden. — Dann beriet man über die Haftpflicht der Richter. Gegenwärtig kann der Staat die Erstattung von Schadenersatzbeträgen von den Beamten verlangen, die durch Fahrlässigkeit den Staat zur Leistung von Schadenersatz genötigt haben. Von den Beamten wurde dieser Zustand scharf bekämpft, da er dazu führen könnte, daß die ganzen Ersparnisse, ja sogar die Hinterlassenschaft der Richter konfiszirt werden könnte. Es wurde deshalb eine Art Versicherung gewünscht. Zimmerlin wurde wenigstens der Grundsatz der Schadenersatzpflicht des Staates für Fahrlässigkeit seiner Beamten im großen und ganzen nicht angegriffen. Zum Vorsitzenden des preussischen Richtervereins wurde an Stelle des Amtsgerichtsrates Kabe-Berlin der Landgerichtsdirektor Boitzly-Galberstadt gewählt, der auch dem Treitloffenkreis als nationalliberales Mitglied angehört.

Der Bogt von Eyll.

Erzählung von Theodor Mügge.

Wie lange sie so geblieben ohne Klage, ohne Worte, eng aneinander gelehnt, ihre Seelen zitternd in allen Schauern übergrößer Leiden, dabei durchdringt vom süßen Himmelslichte ewiger Vergebung, vergehend und erkennend, bereit zu sterben und zu sterben, wer hatte ein irdisches Zeitmaß dafür! Plötzlich aber ließ sich nahe an der Wand des Brandens bekannte Stimme hören, die Lina beim Namen rief, und gleich darauf trat der Baron auf den Plan. „Lina“, sagte er lachend, „alles ist eingerichtet. Wir haben vorzügliche Zimmer mit prächtiger Aussicht. Aber hier muß es schon sein, Freund Lornien, wenn es nur nicht so verteuert hinter wäre. Hast Du Dich gut umgesehen, Lina? Ich denke, wir bleiben wenigstens eine Woche hier und unter guter Lornien Begleitung uns auf allen Parteien. — Der Lornien wissen Sie wohl, daß meine Frau zuweilen noch Zehnigstanzeln nach den Halligen bekommt?“

„Wir wollen Herrn Lornien verlassen“, erwiderte die Baronin aufstehend. „Es ist Zeit zu gehen; morgen wollen wir weiter über unsere Zehnigstanzeln bestimmen.“

„Und wir machen eine Botenfahrt“, rief Branden. „Sie sollen uns zeigen, ob Sie noch der hübsche Berg von ehemals sind.“

Lornien gab seine Zustimmung mit schwacher Stimme. Er schien sehr angegriffen zu sein, aber er bemühte sich mit Worten zu sprechen, wie dieser es verlangte, und als die Gäste ihn verließen, sagte er: „So kommen Sie denn morgen, ich werde bedeuten, was für uns alle das Beste ist.“

Am folgenden Tage war die Küste noch nicht vergangen, als Branden an die Wand klopfte. „Sie ist verschlossen“, rief er Lina zu, die unter den Myrthenbäumen und Granaten stehen geblieben war und einige süße Wägen pflückte. Der Baron klopfte häßlich und rief nach Lornien, bis endlich eine alte Frau erschien, die mit Futterkräutern für ihre Ziegen von der höchsten Höhe herunterkam.

„Ma“, sagte sie, „das sind die Herrschaften, die hier wohnen wollen. Wenn es Ihnen beliebt, treten Sie ein.“

„Jor! Er ist Jor!“ rief Lina mit erstarrter Stimme, „und hat nichts hier gelassen?“

„Joch“, erwiderte die alte Frau, „er hat ein Briefchen hier gelassen für eine fremde Dame und das sind Sie ohne Zweifel, Madame.“

Sie öffnete die Tür des Landhauses. Auf dem Tische lag ein Brief. Lina griff mit rascher Hand danach. Die Aufschrift lautete an sie, sie rief ihn auf und las:

„Nicht ist es nicht Zeit, Lina. Ihr Versprechen zu erfüllen. Ich habe ein wichtiges Geschäft zu vollenden; aber ich würde es nicht vermögen, wenn Sie bei mir wären.“

„Was hat er für ein Geschäft und was hast Du ihm versprochen?“ fragte Branden aufmerksam. Eine plötzliche Erinnerung schien ihn mißtrauisch zu machen.

„Weiden Sie einen Monat in Marseille, bemohnen Sie oder besuchen Sie mein Knie am Meer. Es ist das schönste kleine Stück Erde unter Gottes freiem Himmel, gemischt für Sie. Haben Sie dort aus, danken Sie meiner und wenn Sie dann noch einmal mich wieder sehen wollen, so reisen Sie nach Genf, auf der Post werden Sie hören, wo ich zu finden bin. Sie werden erkennen, daß ich reisen mußte.“

„O! ich erkenne es“, rief Lina leuchtend. „Wir bleiben hier, mein Freund. Laß unser Gepäc hierher bringen, ich will hier wohnen.“

Branden war daran gewöhnt, Befehle zu erfüllen. Er wagt keinen Widerspruch.

Nach bei Preß am Ufer des Genfer Sees, wo der Boltron rasch hinaus aus den Hügeln des Jorat kommt, steht ein kleines Landhaus an einer Terrasse gebaut, deren Rebenpflanzung sich von Absatz zu Absatz bis nahe an das Seeufer hinzieht. Es war eine jener anmutigen Villen, die durch den ganzen Kanton Waadt groß und klein zu finden sind, hauptsächlich aber den Halbinseln des schönsten aller Schweizer Seen einfließen. Von artemis Garmos aufgeführt, mit einer Verhülle, die von zwei Säulen getragen wurde, in einem Kabinen von Weintrauben und Zimmergrün, lag das Häuschen im Schatten einiger Maronenbäume, deren breite Äste sich über das abgeflachte Dach legten. Der See blickte glänzend zu ihm hinauf; von jeder Stelle des Hauses, von dem Giebeln und der Terrasse konnte man ihn überblicken, bis zu seinem stillen Ufer, wo hinter den reizenden Hügeln von Montreux und Vevey über den dunklen Spalt des Tals von Ormond, sich die hohen und wilden Diablerspitzen aufrichten, und die Schneepitzen des Dent de Morcles durch sonnendelle Lüfte schimmern. Der breite See so unergleichlich in seinem wunderbaren Farbenspiel, verlor sich jenseits unter dem Duft der jacobinischen Berge, die als gewaltige dunkelbraune Wägen einen so großen Gegenatz zu dem heiteren Bergeschaue des Westhanges bilden. Tief im Süden, wo die Berge sich weit öffnen, schimmerten die weißen Mauern Genfs; von der

Höhe der Terrasse aber konnte man die langen Waldketten der Jura verfolgen, deren riesenhafte Köpfe den langflatternden Nebelschleiern umwunden waren.

In dies kleine Landhaus hatte sich Lornien, als ihr sein letztes Asyl, gerettet. Es war Herbst geworden, das Weinlaub farbte, Kastanien und Nüsse hingen reif an den hohen Bäumen, aber noch immer war das Wetter mild und heiter. In einem Mantel leicht gehüllt, sah der Kranke vor der Halle, zurückgelehnt in einem hohen Sessel. Auf einem Tischchen vor ihm lagen mehrere Bücher, Schriften und Briefe, er aber hielt seine Augen auf das entzückende Panorama des Sees gerichtet, das überall sich seinen Blicken darbot.

Lornien war nicht allein. Ein Freund aus Lausanne war bei ihm, dem das kleine Landhaus gehörte, und auf dessen Einladung und Wunsch er haben Besit genommen hatte. Herr Leprez war Arzt. Er gehörte zu der damals unterdrückten radikalen Partei, die von der methodisch förmlichen, aristokratischen Regierung mancherlei Unbill zu leiden hatte, mit aller Kraft aber daran arbeitete, ihr das Best aus den Händen zu reißen.

Hier sah der Doktor neben seinem Patienten, den er mit besorgter Miene anschaute und ihm einige allgemeine Vorsichtsmahregeln wiederholte.

„Nun“, sagte er dann, „Sie fühlen sich wohler, mein Freund. Weiden Sie hier, so lange das Sommerwetter anhält und entschlagen Sie sich, so viel es geht, aller schwarzen, schweren Gedanken. Gode der Zweifel die verdammten Aristokraten und alles, was von ihnen ausgeht! Das ist mein aufrichtiger Wunsch. Wir werden mit Ihnen fertig werden. Sie werden sehen, daß in wenigen Jahren ihre Herrschaft hier ein Ende nimmt samt aller Mädelerei unserer frommen Patrioten. Laßt uns sorgen, daß sie nicht wieder heraufkommen. In unsern kleinen Republiken geht das rasch, in Euren Monarchien geht es mehr dazu, als der Volkswille; denn das Volk ist bei Euch nichts, als ein stumpfsinniges, abgerichtetes Werkzeug Eurer großen und kleinen Herren. Wie aber selbst Eure sogenannten freisinnigen Männer, Eure Besten und Ersten, feige und entmannt sind, wo es gilt, männlichen Mut und Stolz zu zeigen, das beweist am besten, daß Sie abermals vergebens sich an einen Freund gewandt und abschlägige Antwort erhalten haben. Nein, mein lieber Lornien, Freiheitsliebe und Mannesstolz müssen erst in Euren Volke ihren Aufbruchstag feiern, ehe Sie daran denken könnt, ein Volk zu werden. Zum Genfer! Es gibt auch hier fürchtame und schwache Leute, aber einem Freunde, und obendrein einem todkranken Freunde es abzusagen, sein Buch, wenn er einst tot sein wird, unberührt und unberührt herauszugeben, das würde hien wahrlich niemand tun.“

Der Streit im Zentrumslager geht weiter und die Polemik nimmt immer schärfere Formen an. Jetzt streift die „Königliche Volkszeitung“ unter der Spitzmarke „Unbelehrbar oder unehrlich?“

Immer unfinnigere Aufstellungen werden gegen die führenden Kreise der deutschen Sozialisten von der „Königlichen Volkszeitung“ erhoben. Man geht jetzt sogar so weit, daß man J. V. der „Königlichen Volkszeitung“ vorwirft, sie mache Propaganda für das Verbot, die religiösen Normen aus allen Gemüthern, d. h. im Sinne des kanonischen Rechtes allen Kreisen, bei welchen Staat und Kirche beteiligt sind, anzuschließen. Man behauptet, die „Königlichen“ hätten ihre Fäden bis in die Schweiz gezogen, und sie seien die Drahtzieher der schweizerischen konservativen Volkspartei. Ja, man hat sogar herausgefunden, daß die „Königlichen“ ihre Politik selbst auf das fernste Spanien ausdehnen wollen und auch dort die angebliche „Königliche Richtung“ einführen möchten. Es wundert uns bloß, daß man die „Königlichen“ noch nicht angeklagt hat, die Revolution von Vortual verhandelt zu haben oder für den Untergang der „Titanie“ verantwortlich zu sein. In jedes dieser „unbedingte“, „päpstliche“, „antiliberal“, „antimodernistisch“, „antirevolutionäre“, „antirepublikanische“, „katholischen Mächtern“ sucht das andere in wahnwitzigen Behauptungen zu überbieten. Und an der Spitze marschieren mit steigender Unvorsichtigkeit die bekannte römische Korrespondenten, die ihre in Rom selbst längst festgestellte Bedeutungslosigkeit durch das Echo aufzuwiegen suchen, das ihre internationalen Korrespondenzen ihr zu wünschen gethan. Wir müssen uns damit begnügen, diese Tatsachen niedriger zu hängen; wer die Tätigkeit des Zentrums beobachtet oder die „Königliche Volkszeitung“ liest, weiß, daß alle diese Behauptungen nur Erfindungen sind, und gegen unbelehrbare oder unehrliche Gegner ist alle Polemik nutzlos.

Ein Handschreiben des Kaisers an den Reichskanzler. Die „Brenschweigische Landes-Zeitung“ meldet: Der Kaiser hat dem Reichskanzler außer der bereits gemeldeten, Verleihung des Kreuzes der Großkomtur des Dannebrog-Ordens von Hohenzollern, welchem bei beiden Handschreiben seinen kaiserlichen Dank für die erfolgreiche Durchbringung der neuen Wehrvorlagen ausgesprochen und den Kaiser für unveränderten Fortdauer seines Vertrauens versichert.

Terzburg Direktor der A. G. Von angeblich gut unterrichteter Seite, aber von der Verwaltung noch bestritten, wird mitgeteilt, daß Staatssekretär a. D. Dr. Terzburg Terzburg als Nachfolger des schwer erkrankten Direktors Mathenau in Aussicht genommen sei. Herr Terzburg habe bereits sein Einverständnis mit der auf ihn gefallenen Wahl erklärt und würde sein neues Amt wahrscheinlich im Laufe des Septembers an. antreten.

374 Mark Alkohol pro Kopf. Unter den Kulturvätern, mit denen wir unsere Kolonien beglücken, nimmt der Alkohol eine hervorragende Rolle ein. Die amtliche Denkschrift über die Entwicklung der Deutschen Kolonien bestätigt das. Nachstehende Umrechnung beleuchtet diese Seite unserer Kulturfähigkeit. Es betrug die Einfuhr alkoholischer Getränke nach Neu-Guinea: 1909: 176 Tonnen im Werte von 174 000 Mk. 1910: 375 449 000

Die Einfuhr hat sich demnach mehr als verdoppelt. Nach den Angaben der Verwaltung wurden für rund 187 000 Mark Alkohol allein für den Bedarf der Weissen eingeführt. Bei 5000 erwachsenen männlichen Kulturträgern entfällt mithin auf den Kopf das nette Sümchen von 374 Mark.

Der Reichs-Hammer-Bund, eine neue Gründung der Antisemiten. Die Antisemitische der verschiedenen Schattierungen haben bei ihrer Judenverachtung so wenig Erfolg gehabt, daß am Freitag in Leipzig eine weitere Organisation zur Bekämpfung des Judentums gegründet werden mußte: Der Reichs-Hammer-Bund. Die „Staatsbürger-Zeitung“, das Antisemiten-Hauptorgan, bringt in ihrer Mittwoch-Nummer einen Bericht über die Gründung, in dem mitgeteilt wird, daß zum Landeswart der neuen Vereinigung der Oberst z. D. Hellwig-Kassell und zum Ehren-Vorstand Theodor Frisch-Leipzig ernannt wurde. Die Namen der Personen, die die übrigen Ämter und die „Ratswürden“ einnehmen, sind sagemäßig nicht bekannt zu geben. Jedes Mitglied der einzelnen Hammer-Gemeinden hat einen Beitrag von jährlich mindestens einer Mark an den Bund zu leisten. Auch deutsche Frauen und Jungfrauen, die — wie die Männer — die ehrenwörtliche Versicherung abgeben, daß nach ihrem besten Wissen kein jüdisches Blut in ihren Adern kreist, können Bundesmitglieder werden — so heißt es in dem Bericht der „Staatsbürger-Zeitung“, die Bundesorgan ist, natürlich, also: Auf, deutsche Frauen und Jungfrauen, zum Kampf gegen das Judentum!

Worum das heutige Bürgerthum kämpft. In Sangerhausen leiten nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Ersten Bürgermeister Knobloch, dem vorgeworfen wurde, er habe sich beim Kriegsmünster nicht bemüht, daß Sangerhausen Garnison bekomme, sämtliche unbesoldeten Stadträte ihre Magistrate am 1. d. M. nieder. — Helben!

Offiziere a. D. als Lotteriekollektoren. Auch in Baden hat man für die preußisch-sächsische Lotterie-Gemeinschaft das Offizier-Element bei der Auszahlung der Loszahlender stark bevorzugt. Unter den ernannten Kollektoren befinden sich ein Oberst, zwei Oberleutnants, zwei Hauptleute, ein Oberleutnant a. D. und ein Korvettenkapitän.

Wie bei der Reichsversicherungsordnung will man auch bei der staatlichen Lotterie ertragreiche Einleuren für die Pensionäre tätigen.

Ausland.

Der Stand der italienischen Wahlreform.

Seit Giolitti seine demokratische und liberale Seite herauskehrt, gibt es in der italienischen Kammer überhaupt keine Reaktionen mehr. Alle sind für die Wahlrechtsreform und man muß sich wirklich wundern, wie diese begeisterten Liberalen es bis heute ausgehalten haben, das Wahrgesetz an die Abstufung der Volksschule zu knüpfen. Die ganze Diskussion der ersten Lesung des Regierungsentwurfs hat kein Wort gegen die Reform zutage gebracht; im Gegenteil, nicht nur den Sozialisten, sondern auch den Liberalen und Konservativen erschien das Gewählte noch viel zu wenig. Dieser Feuerreifer, mit dem eine im wesentlichen reaktionäre Kammer sich dazu hergibt, die Zahl der Wähler von drei auf acht Millionen zu erhöhen, erklärt sich einerseits aus dem Willen des Ministerpräsidenten, die Reform auf alle Fälle durchzuführen, dann aus der Befürchtung der konservativen Opposition, sich durch wahrheitsfeindliche Haltung auf lange Zeit den Weg zur Regierung zu versperren. Giolitti hat es darauf abgesehen, als demokratischer Minister von der politischen Bühne abzutreten. Dazu mußte ihm die Wahlreform, deren Bedürfnis von einem Teil des Proletariats schon seit langer Zeit empfunden wird, als geeignetste Maßnahme erscheinen. Er zeigt dadurch, daß er den Zug der Zeit, der nun einmal auf das allgemeine Wahlrecht hinarbeitet, versteht und die Widerstände der reaktionären Schichten schmerzhaft weiß. Die Mehrheit der Kammer kennt seine Diktatorien und beugt sich vor ihr. Im vorigen Jahre wollte sie von der zehnjährigen Wahlreform Zugzwang wissen; heute nimmt sie die weit fühnere ohne Einspruch an. Die Reform, die in erster Lesung am 11. Mai fast einstimmig durchgegangen ist, erweitert das bisherige Wahlrecht, indem sie zwei neue Wahlkategorien schafft. Bisher war jeder Bürger wahlberechtigt, der die Volksschule absolviert und das 21. Lebensjahr vollendet hatte. Nach dem neuen Gesetz werden weiter wahlberechtigt alle, die ihren Militärdienst geleistet haben und alle männlichen Bürger ohne Unterschied mit Erreichung des 30. Lebensjahres. In dieser Reform ist in erster Lesung von den Sozialisten und Republikanern

wie von einigen Radikalen und Konservativen die Ausdehnung der Frauen begünstigt worden. Die Liberalen, Sozialisten und Republikaner sind ferner für die Verwahrung des allgemeinen Wahlrechts mit dem 21. Lebensjahre eingetreten. In zweiter Lesung werden diese Parteien Amendements im Sinne ihrer Forderungen einbringen, freilich ohne Aussicht auf praktischen Erfolg.

Giolitti hat in seiner Rede allen Einwürfen gegen die Reform gerecht zu werden gesucht. Seine frühere Opposition erklärte er damit, daß der Staatsmann abwarten müsse, bis das Milieu reif ist. Die Einmütigkeit der Kammer wäre der beste Beweis dieser Reife. Das Wahlrecht mit dem 21. Lebensjahre auch an Unschulden zu verleihen, hätte er für unangebracht, weil bei der mangelnden Schulbildung die politische Einsicht nur durch Lebenserfahrung vermittelt werden könnte. Uebrigens handelte es sich nur um 800.000 Bürger, die zwischen dem 21. und 30. Lebensjahre stehen und weder die Volksschule absolviert noch gedient haben. Was das Frauenwahlrecht betrifft, so lehnte der Ministerpräsident seine Bureaurentratsentscheidungen ab und erklärte einfach, er hätte die Sache einer Kommission übergeben, die sich nach dreijährigem Studium gegen die Zulassung der Frauen ausgesprochen hat. Er persönlich wäre für die probeweise Zulassung zum kommunalen Stimmrecht, da es sich hier um Fragen handelt, die leichter zu übersehen sind. Ullmanns Reichstag erklärte, als er anrief, daß es dem demokratischen Geist des neuen Gesetzes widerspreche, nur die wahlhabenden und gebildeten Klassen mit dem Wahlrecht auszuheben. Zur Frage des Frauenwahlrechts führte der Ministerpräsident aus, daß dieses nur den organisierten Parteien zugute käme, und daß in Italien nur die Sozialisten und die Liberalen organisiert seien. Gegen den Proporz machte er geltend, daß seine Einführung in einem Lande wie Italien mit so weitgehender Parteienfraktionierung das Zustandekommen einer parlamentarischen Mehrheit unmöglich machen würde. Das Parlament sei aber kein akademisches Institut, in dem alle Meinungen ihren Widerhall finden sollen, sondern eine Körperschaft, die Entscheidungen fassen und handeln muß.

Die Rede wurde ziemlich kühl aufgenommen, wie überhaupt die Kammer für die ganze Reform keine Begeisterung aufbringt. Etwas Leben wird in die Verhandlung kommen, wenn man bei der Diskussion der Artikel über die Einzelheiten der Wahlhandlung und besonders über die Wechselseitigkeit des Stimmzettels herankommt. Parzellenwert war übrigens an der Rede Giolittis, daß er den Sozialisten viel geringeres Entgegenkommen zeigte, als in früheren Reden, deren Inhalt geradezu als Verhöhnung um unsere Partei bezeichnet werden konnten. Diesmal sagte er nur, daß die Reform des Wahlrechts die allgemeine Politik im demokratischen Sinne vereinigen würde und die Regierung nöthigen, sich immer mehr das Wohlsein und den Unterricht der arbeitenden Klassen angelegen sein zu lassen. Besonders das Landvolk, das bisher fast ganz vom politischen Leben ausgeschlossen war, würde nunmehr seine Lage verbessern. Eine Stärkung der Sozialisten durch das erweiterte Wahlrecht fürchte er nicht. Wenn diese sich gegen das Vaterland wendeten, würden sie jeden Einfluß einbüßen. Sobald sie ihre Mission, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben, erfüllten, würde ihr Wirken der liberalen Partei zum Ansporn dienen.

Was die Liberalen betrifft, denen man als Folge des Wankes einen bedeutenden Machtzuwachs probhezeit hat, so meinte Giolitti, daß die Liberalen keinen Grund hätten, sie zu fürchten, wenn die liberale Partei sich zu organisieren versieht. In anderen Fällen würden freilich die Liberalen die liberale Partei aus ihrer Machtstellung verdrängen. Sicher ist, daß trotz Giolittis Zuversicht die Folgen der Wahlrechtsveränderung nicht abzusehen sind. Die Liberalen werden auf alle Fälle bedeutend gewinnen. Zu fürchten braucht sie die liberale Partei deshalb nicht, weil ja ohne ihren Aktivismus und Aemterstreben in der italienischen Politik kein Leben gehen und der alte, historische Gegensatz durch die gemeinsamen Selbstinteressen beigelegt ist.

Nur die Liberalen, die Sozialisten hat die italienische Bourgeoisie zu fürchten, und diese auch nur, wenn sie es fertig bringen, den Massen der Welt die Waage zu halten. Das Wahrgesetz verleiht dem Mann durch einen Zehnfacher; um es richtig zu handhaben und es nicht durch Korruption zu einem neuen Mittel der Bedrückung werden zu lassen, muß das Proletariat über seine Klassenlage und Klassennot aufgeklärt sein. Hier liegt die große Aufgabe der sozialistischen Partei. Sie hat einiges — nicht alles dieses — zur Erörterung des heiligen Geistes getan. Die Hauptaufgabe: das Proletariat anzuleiten, sich des Geistes als Machtmittel seiner Klasse zu bedienen, bleibt noch zu tun.

Die Verbrennung des Zarenbildes.

Die Nationalisten in der russischen Duma haben eine Interpellation eingebracht, in der behauptet wird, es sei bei den antirussischen Demonstrationen in Venedig auch ein Bildnis Kaiser Nikolaus II. verbrannt worden. Die russischen Wähler veröffentlichten nun einen amtlichen Notwendigkeit, der über diese „Affäre“ zwischen Wien und Petersburg geplatzt wurde. Eine Geheimdepeche des russischen Ministers des Auswärtigen Sazonow an den russischen Botschafter in Wien Urusow vom 7. Mai meldet, es sei zur Kenntnis des Ministeriums gelangt, daß in Venedig vor dem Moskiewitz-Dental eine vollaufgehende Menge eines antirussischen Demonstration veranfaßt hat, wobei unter dem Gesang von Liedern das Porträt des Zaren verbrannt worden ist. Es wird „ganze Aufklärung“ verlangt. Urusow meldet in einer Elbe-Depeche am nächsten Tage, der österreichische Minister des Aeußern habe keine Nachrichten über die empörnde Verbrennung des Porträts der heiligen Person Seiner Majestät, werde aber auf schnellster Untersuchung bestehen. Zwei weitere Depechen von demselben Tage meldeten, daß der österreichische Minister des Auswärtigen von dem Minister des Innern, der sofort nach Venedig telegraphiert hatte, erfahren habe: „Die bis jetzt eingetroffenen Meldungen über die Demonstrationen in Venedig sind so vage und unvollständig, daß es unmöglich erscheint, sich über den speziellen Vorfall, den Sie heute morgen erwähnen, ein Urteil zu bilden.“ Am 10. Uhr abends am 8. Mai erscheint Bericht Hof bei Urusow. Ueber diesen Bericht meldet der Botschafter folgendes: „Heute ist 11 Uhr abends der Minister des Auswärtigen bei mir vor und teilte mir mit, daß er mir keine endgültige Antwort geben könne, da die Untersuchung noch nicht beendet sei. Er sei fest entschlossen, gemeinsam mit dem Minister des Innern alle Maßnahmen zu betreiben, welche im vorliegenden Falle unternommen werden könnten, und sodann eine offizielle Mitteilung in den Wätern in Wien und Venedig zu veröffentlichen, um auf diese Weise den herborgehobenen Einbruch zu verhindern sowie die wahren Gesühle der österreichisch-ungarischen Regierung diesem Vorfall gegenüber auszudrücken.“ In der Tat erschien dann am 10. d. M. im kaiserlichen Fremdenblatt eine Poliz, in dem die Verantwortlichkeit des Vorfalls im Zweifel gelassen, er aber gleichzeitig „mit letzter Empörung“ quittiert wird. Als das Ergebnis der Untersuchung der Polizei wurde angegeben: „Den von der Polizei sofort vorgenommenen Nachforschungen zufolge hat es sich auf Grund der in der Menge umgehenden Gerüchte erwiesen, daß irgend jemand aus der Mitte der Schullugend eine Stange mit einem Knoten, auf welchem sich angeblich das Porträt des Kaisers oder der kaiserlichen Familie befunden hat, hochgehoben und den Partien verbrannt hatte.“ — Und von dieser Schulljugendgeschichtlichen willen solcher Aufwands von Depechen, soviel in der kaiserlichen Seite, als hätte man den Nikolaus den lebendigen Zeitschreiber bekannt. Da weiß man doch wenigstens, wo die Staaten den kostspieligen diplomatischen Apparat erhalten.

Dreihig Volkslisten im ungarischen Parlament. Der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses lag man mit einiger Verwirrung entgegen, da für heute einige (relativ) bevorstehende, die eine Sitzung des normalen Verlaufes der Verhandlungen betreffen würden. Es war möglich, daß der für 30. Sitzung ausgeschlossene Abgeordnete Kovacs verurtheilt würde, in das Parlament einzutreten; außerdem stand der Antrag Barabas auf der Tagesordnung, die Wahl des Präsidentsen für ungalisch zu erklären. Diese Erwartung verließ die Sitzung unvorhersehbar ruhig und hatte das Ergebnis, daß die Debatte über die Reform nach mehr als sechs Monaten wieder fortgesetzt werden konnte. Vor dem Parlament hatten sich schon vor 9 Uhr zahlreiche Volkslisten eingefunden, die alle Nebenstrafen befreit hielten und nur Strafen mit Contaminationen durchließen. Auch im Parlament war Polizei postiert. Diese Maßnahme war getroffen worden, weil gestern in den Reden des Parlaments eine Dynamitparone gefunden worden ist. Präsident Tisa legte sich zu Fuß in das Parlament. In einem Aufrufe erschienen 30 Volkslisten im Saal und den Nebenräumen und unterzeichneten alle nach G. Polio für vor. Nach einer halbständigen Unterredung, die sein Resultat erbrachte, erklärte der Präsident die Sitzung für eröffnet. Um 7/10 Uhr erschien der ausgeschlossene Abgeordnete Kovacs im Parlamentsgebäude. Er wurde aber von seinem Freunde Jusch und drei anderen Deputierten aufgefordert, sein Porträt aufzugeben und erklärte schließlich, daß er seinen Willen dem der oppositionellen Parteien unterordnen werde. Der für acht Sitzungen ausgeschlossene Abg. Rab war im Parlament nicht erschienen.

Kämpfe zwischen portugiesischen Royalisten und Spaniern. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhielt von dem portugiesischen Konsul in Vigo eine Meldung, wonach es in Moquehos zu ersten Zusammenstößen zwischen portugiesischen Royalisten und spanischen Einwohnern gekommen ist. Es entstand eine regelrechte Schlacht, bei welcher es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Die spanischen Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um die Ordnung wiederherzustellen. In Foz de Iguaçu ist es gleichfalls zu Zusammenstößen gekommen, wo, wie man annimmt, sich das Hauptquartier der portugiesischen Auswanderer befindet.

Roosevelts Majorität in New Jersey. Roosevelt hat 20.000 Stimmen in New Jersey erhalten, wo fast trotz intensiver Anstrengung keinen einzigen Delegierten zum Nationalconvent erlangen konnte.

Arbeiterbewegung.

Der Londoner Streik.

Dienstag nachmittags empfangen Westkenns Vertreter der Transportarbeiter und Arbeitgeberdelegierte. Der Minister des Innern hat im Ministerium die beiden Führer der Streikbewegung, Ben Tillet und Gosling, die sich in Begleitung von 25 Vertretern der Arbeiter befanden, und Vertreter der Gesellschaften eine Audienz gewährt. Die Konferenz zwischen dem Minister und den gewerkschaftlichen Parteien dauerte eine Stunde. Ben Tillet und Gosling veröffentlichten nach der Unterredung ein Zirkular, in welchem sie erklärten, daß sie sich mit der Regierung geeinigt haben und darin einwilligten, daß gewisse Lebensmittel, die für die Hauptstadt unentbehrlich sind, aus den Läden herbeigebracht werden dürfen. Die Kennas habe seinerseits versprochen, kein Militärs zu requirieren; und der Polizei den Auftrag zu geben, die Streikenden mit Rücksicht zu behandeln. Das Komitee der Streikenden erklärt neuerdings seit entschlossen zu sein, den Kampf bis zum Siege zu führen und gibt an, daß die Streikbewegung auf 2.000 Mitglieder indigieren und eben so vielen nicht-indigierten Arbeitern ausgedehnt werden kann. Der Transport von Lebensmitteln aus den Läden wird unter militärischer Bewachung fortgesetzt. Die Arbeiter, die die Wirkung der Schiffe vornehmen, 200 an der Zahl, erhalten einen Tagelohn von 20 Mk. Der ganze Hafen wird von der Polizei scharf bewacht. Man schätzt die Zahl der Polizisten, die nach den Läden beordert wurden, auf 300.

Kellnerstreik in New York. Die Kellner aller großer Hotels legten Dienstag abend ohne vorherige Ankündigung plötzlich die Arbeit nieder. Tausende von Gästen warteten vergeblich auf ihre Speisen. Viele Restaurants mußten geschlossen werden.

Wienerer Schlachttiermarkt. Statistik: Verlust über den Hauptviehmarkt am 29. Mai. Der Viehtrieb betrug: 1421 Rinder, 3330 Schweine, 1112 Hühner, 247 Schafe. Ueberschuss vom vorigen Markte waren: 13 Rinder, 83 Schafe. Es wurden geschlachtet: 50 Rostgammeln:

	Lebensgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder, A. Ochsen:		
Vollschlächtere, ausgewachsene Ochsen höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (amalgamisch)	46-49	76-84
Vollschlächtere, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren	41-44	76-81
Junge, fleischige, nicht ausgewachsene u. ältere ausgewachsene Mäßig genährte Junge, gut genährte Ältere	36-40	72-80
	bis 31	65-69
B. Küllen:		
Vollschlächtere, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	46-49	78-83
Vollschlächtere jüngere	40-44	70-74
Mäßig genährte Junge, gut genährte Ältere	35-38	64-69
C. Kalben und Ziegen:		
Vollschlächtere, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes Vollschlächtere, ausgewachsene Mäßig höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren	45-48	78-83
	39-43	72-80
Mittlere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwicelte jüngere Kühe und Kalben	34-38	69-76
Mäßig genährte Kühe und Kalben	27-31	57-65
Gering genährte Kühe und Kalben	bis 22	bis 55
D. Gering genährte Jungvieh (Ziegen):		
II. Hühner:		
Doppelsender feinsten Maß	—	—
Feinste Maßhühner	—	—
Mittlere Maß- und beste Saughühner	60-63	100-104
Geringere Maß- und gute Saughühner	52-55	90-95
Beste Saughühner	38-44	73-85
III. Schafe, A. Stammstschafe:		
Wollschlächtere und längere Wollschlächtere	39-44	78-88
Ueitere Wollschlächtere, geringere Wollschlächtere und gut genährte junge Schafe	32-36	67-75
Mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	21-27	54-64
B. Weidenschafe:		
Wollschlächtere	—	—
Geringere Schämme und Schafe	—	—
IV. Schweine:		
Vollschlächtere Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	50-62	74-78
Vollschlächtere Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	57-61	73-77
Vollschlächtere Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	55-58	71-75
Vollschlächtere Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	52-55	69-73
Sauen und geschlächte Eber	52-56	68-73
Feitschweine über 150 Kilogr. (3 Centner) Lebendgewicht	60-62	73-76

Der Geschäftsgang war mittelmäßig für Küller lebhaft. Ueber die nach Oberösterreich: 859 Rinder, 109 Schweine, 25 Hühner; nach Mittel- und Niederösterreich: 18 Rinder, 141 Schweine; nach Sachsen: 55 Rinder, 39 Schafe; nach Südböhmen: 36 Rinder, 101 Schweine; nach anderen Plätzen: 68 Schweine; Ueberschuss von vorigem Markte: 23 Rinder, 167 Schweine, 10 Schafe. Ueberschuss der Schweine wurden verkauft: 24 Stück zu 65 Mk., 27 zu 64, 187 zu 63, 174 zu 62, 112 zu 61, 422 zu 60, 818 zu 59, 432 zu 58, 864 zu 57, 340 zu 56, 842 zu 55, 122 zu 54, 112 zu 53, 97 zu 52, 23 zu 51, 61 zu 50, 6 zu 49, 18 zu 48, 9 zu 47, 10 zu 46.

Refer! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere Lieferanten und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Dronth. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Verlag der „Volksmacht“, G. m. b. H. — Druck von Dr. Schatz, G. m. b. H. — Täglich in Vorkast. Preis 5 Pf.

Lieblich's Establishment
Am 30. und 31. Mai
wegen Vorbereitung der Revue
„Es tut sich was“
geschlossen.
Im Garten: Militär-Konzert.
Sonabend, den 1. Juni:
„Es tut sich was“.
Grosse Revue von 6874
Henry Bender.

Viktoria-Theater
Lehrer Abend:
„Breslau auf Stelzen“
mit Max Marzell
Benefiz für Max Marzell.
Anf. 8 Uhr. Bons wochent. pöllig. 6378

Zeltgarten
Vornehmste Variet theater
Dir.: L. Romant. - Tel. 2077.
Vorleser Abend
des glanzenden
**Eröffnungs-
Programms.**
Anfang 8 Uhr. 6869
Bei unabh ttiger Witterung
gebeite Terrassen.

Ab 1. Juni:
**Das
Riesen-Programm**
12
erklärliche Spezialst ten.

Palmengarten.
Prachtdecoration.
Orangen-Fest
Damen-Biasorchester.
Entree frei!

Die dem Fleischermeister Herrn
Milde, Bergstr. 21, angetane Ver-
leumdung nehme ich nach schieds-
männlichem Vergleich bedauernd
zurück. **K. Alexander.** 6840

Wilhelmsburg.
Gr. Mai-Kränzchen mit Präsident-Volon se
Ergebnis F. H tzel.
Deutscher Kronprinz
Mai-Kränzchen verbunden mit Präsident-Volo-
n se. Ergebnis **A. Franz.**
Westendstr. 50/52.
Donnerstag: 6863

Zentralverband der Töpfer Deutschlands, Filiale Breslau.
Achtung! Kollegen! Achtung!
Freitag, den 31. Mai d. J., abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17. 6838
Zagelerordnung: 1. Medaillenfestbericht über den Streik. 2. Aufgabe der neuen
Leitungs- u. Verordnungs- u. im Jahresbericht über den Streik. 3. Bericht des
R r die T pfervereinigungen findet eine Versammlung Sonntag, den
2. Juni, vermittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Der Sekretär.

Leignitz, Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Freitag, den 31. Mai, abends 8 Uhr: Versammlung aller
Werksattvertrauensm nner und Vorstandesleiter im Gewerkschaftshaus, Hinterbleiche. Die Lokalverwaltung J. M.: Ruppert.

Kufekke
Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.
- Kindermahrung
- Krankenkost
4204

**Brennabor- und Wanderer-Fahr-
r der**
bestes deutsches Fabrikat 4148
Karl Klinge, Leuthenstr. 38.
Teilzahlung gestattet.

**Köchinnen
Allein-
Stuben-
Kinder-
sucht** 6820
Eoeben erschienen:
: Kirchensteuer :
: u. Kirchenanstritt :
: in Preussen :
20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

**Städt. Hausfrauen-Verein
zu Breslau**
Stellenvermittlung für Hausangestellte
Am Rathaus 5 (Eisenkram)
Telephon 3492.
Vermittlungs-Gebühr 50 Pfg.

**Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.**
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

**Hans Heinz Ewers,
Hochnotpeinliche Geschichten**
nur 15 Pfg.
Volkswacht-Buchhandlung,
Breslau, Neue Graupenstrasse 5/6.

Nordsee
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19.
Telephon 3284
und sämtliche Filialen und Niederlagen.
Billig! Täglich frisch: Billig!
Cabliau u. Seelachs im Schnitt Pfd. 20 Pf.
Schellfisch im Schnitt Pfd. 28 Pf.
**Geräucherter Schellfisch
Pfd. 25 Pf.** 6836

Zum Schluss
gewähren wir auf
sämtliche Best nde
an ff. englischen u. deutschen
Zuchen u. Buxkins
trotz der
spottbilligen R umungspreise
noch **10% Extra-Rabatt**
Salomonski & Co. Nachf.
in Liquidation
Blucherplatz 2. 6839

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!
Möbel-Einrichtungen
In jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise. 4644
Krimke & Co., Neue Graupenstrasse 7
:: am Sonnenplatz ::

**Trauring
Alter**
Kupferschmiedesstr. 17
Ecke Schmiedebrücke
5838/9

Vorzügliche Zigarren und Zigaretten
von guter Qualität. Stück 5, 6, 7 1/2 und 10 Pica.
Jahres förmliche 6457
Rauch-, Kau- u. Schnupftabak
Bojenerstr. 61, **B. Jaschke, Bojenerstr. 61.**

Gute gediegene Möbel
wichtig für 6276
Brautpaare
Kompl. Erlone Einrichtung 200 Mk.
Kompl. Nassb.-Einrichtung 300 Mk.
Kompl. Eiche-Schlafzimmer 255 Mk.
Gel genheits-Käufe
in gut erhaltenen u. **Möbeln**
wenig gebrauchten
Schrank 19 Mk. Platschrola 30 Mk.
Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.
Nussbaum-S tenschrack 54 Mk.
Nussbaum-Vertiko 45 Mk.
Kataloge gratis. Preise spottbillig.
Max Giesel Breslau II,
Brüderstr. 5.
Grosses Möbel-Lager bestehend aus ca. 70 Einricht.
Teilzahlungen gestattet.

Gute gediegene Möbel
wichtig für 6276
Brautpaare
Kompl. Erlone Einrichtung 200 Mk.
Kompl. Nassb.-Einrichtung 300 Mk.
Kompl. Eiche-Schlafzimmer 255 Mk.
Gel genheits-Käufe
in gut erhaltenen u. **Möbeln**
wenig gebrauchten
Schrank 19 Mk. Platschrola 30 Mk.
Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.
Nussbaum-S tenschrack 54 Mk.
Nussbaum-Vertiko 45 Mk.
Kataloge gratis. Preise spottbillig.
Max Giesel Breslau II,
Brüderstr. 5.
Grosses Möbel-Lager bestehend aus ca. 70 Einricht.
Teilzahlungen gestattet.

226. Königl. Preuss. Klassenlotterie.
5. Klasse. 15. Ziehungstag, 29. Mai 1912, Vormittag.
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die h f-
teigste Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.
Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr. R. G.-N. f. S.) (Nachdruck verboten.)
239 285 407 30 861. 1098 (500) 185 87 11 289 323 84 473
617 (1000) 11 809 73 2105 61 (500) 433 37 517 21 652 57 770
3331 129 47 282 347 407 61 677 605 8 863 4105 718 934
5155 239 340 468 (500) 807 68 6040 119 271 323 4 401 50
65 71 853 917 7084 3 208 450 64 658 800 23 727 60 62 820
84 828 8023 190 397 824 635 759 9120 60 66 601 17 98 707
853 937
10028 102 28 228 85 95 (1000) 435 648 738 982 11059 131
254 475 692 719 18 625 66 975 12217 385 413 70 536 57 730
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712 (1000) 59 (500) 838 976
30159 249 28 217 494 690 84 (500) 711 72 995 850 31058
152 239 232 (500) 633 631 951 32007 61 73 157 218 28 46 371
811 938 13177 61 233 (500) 703 639 921 57 14081 131 (500)
250 (3000) 478 15054 63 473 327 635 60 738 839 19107 327
(500) 44 77 513 21 66 747 60 931 17100 231 64 326 78 80 614
62 668 86 729 897 840 44 18101 312 (500) 60 451 538 616 61
67 747 928 19357 897 83 765 892
20098 120 2108 274 958 630 640 732 84 79 (500) 658 21028
69 434 501 05 (500) 24 43 68 627 61 705 28 39 90 12428 340
497 604 07 65 678 87 715 23030 (500) 33 42 214 693 803 (1000)
24017 919 (1000) 250 82 399 581 99 703 70 131 198 25 43
25091 216 22 210 60 456 83 601 785 999 901 28077 44 201
84 398 481 613 639 740 89 888 27341 84 423 62 638 94 829
28155 77 213 45 483 90 632 744 857 28108 363 401 637 94
712

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Mai.

Geschichtskalender.

31. Mai.

- 1773 Der Dichter Ludwig Tieck in Berlin.
- 1809 Der Komponist Josef Haydn in Wien.
- 1817 Der Dichter Georg Herwegh in Stuttgart.
- 1846 Der Physiologe Angelo Mosso in Turin.
- 1872 Der Schriftsteller Friedrich Gerstäcker in Braunschweig.
- 1907 Der Schriftsteller Karl Blind in London.

Der Umzug zum Fest der freien Gewerkschaften genehmigt!

Der für das diesjährige Gewerkschaftsfest geplante Festzug durch die Straßen der Stadt Breslau von den Teichäckern bis nach Klein-Gandau hat die polizeiliche Genehmigung gefunden, die dem Kartellvorsitzenden, Genossen Seibold vorgelesen in folgender Form zuging:

Der königliche Polizei-Präsident.

Breslau I, den 27. Mai 1912.

Auf das Gesuch vom 13. d. Mts. wird Ihnen hierdurch die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Auszuges für

Sonntag den 14. Juli d. Js.

erlaubt.

- Ausstellung gegen 1 Uhr nachmittags
- a) auf den Teichäckern auf dem freien Gelände neben dem im Bau begriffenen Gebäude der Eisenbahndirektion;
- b) auf der linken Seite der Sadowastrasse zwischen Bohrauer-, Verhau- und Sutenstraße, Richtung Sutenstraße nach der Mäiler Wühlstraße; auch
- c) rechte Seite der Gustav Freitagstraße (Richtung wie vor);
- d) rechte Seite der Mäilerstraße (Richtung von der Weltlichstraße nach dem Hauptbahnhof);
- e) rechte Seite der Kriemhildstraße (Teil und Richtung von der Herdahn nach der Mäilerstraße);
- f) linke Seite der Herdahnstraße von der Lehmgärten bis zur Gustav Freitagstraße
- und Abmarsch gegen 1 1/2 Uhr über die Sadowa-, Sadowa-, Ziebenhufenerstraße, Berliner Platz, Mäilerstraße, Striegauer Platz und Frankfurterstraße bis zur Stadtgrenze in der Richtung nach Klein-Gandau.

Der öffentliche Verkehr, insbesondere der Straßenbahnverkehr, darf durch den Aufzug nicht gestört werden.

Im Zuge dürfen keine sozialdemokratischen Fahnen und Abzeichen mitgeführt werden.

Die Teilnehmer dürfen keine sozialdemokratischen oder revolutionären Weisen aufspielen.

Wenn der Aufzug am 11. Juli d. Js. infolge ungünstigen Wetters nicht zustande kommen sollte, gilt diese Genehmigung für Sonntag, den 28. Juli d. Js.

v. Oppen.

An Herrn Paul Seibold.

Es ist das erste Mal, daß in Breslau für einen Umzug der freigestellten Arbeiter die behördliche Genehmigung gegeben wird, wenn wir von dem Festzuge der Gewerkschaften im vergangenen Jahre absehen, der sich nur einen Teil der Stadt umfaßte. Die heutige Genehmigung dürfte allerdings kaum auf eine wachsende Bewegung der Gewerkschaften gegenüber den Arbeiter-Organisationen zurückzuführen sein, als vielmehr in der Tatsache liegen, daß zahllose Gerichtsentscheidungen vorliegen, nach welchen die bisherigen Verbote solcher Umzüge „in den bestehenden gesetzlichen Vorschriften keine

ausreichende Stütze“ finden. Dies hatte den Minister des Innern nach seiner eigenen Erklärung im Parlament veranlaßt, den Polizeibehörden die strenge und unparteiische Beachtung des neuen Reichs-Vereinsgesetzes zur Pflicht zu machen.

Nun bestreitet sich in der Genehmigung noch das übliche Verbot der sozialdemokratischen Fahnen und revolutionären Weisen, für das sich in den Befehlen eine Rechtfertigung ebenfalls nicht finden läßt. Da aber die Leitung des Festes nach unserer Kenntnis gar nicht die Absicht hatte, sozialdemokratische Abzeichen beim Gewerkschaftsfest zu verwenden, wird sie sich an das Verbot nicht stoßen. Sie wird wissen, daß auf einen solchen Arbeiterfriede z. B. ein Verbot, soweit es reine Arbeiterlieder z. B. betrifft, wieder einmal angebracht werden kann, wenn der praktische Beweis geführt sein wird, daß die öffentliche Sicherheit durch den Festzug nicht im geringsten gefährdet ist. Dafür werden vor allem die Teilnehmer des Zuges sorgen, der ja auch mit Absicht durch Straßen geleitet werden soll, in denen der elektrische Verkehr die Entwicklung des Zuges nicht beeinträchtigt.

Seine Hauptwirkung wird zweifellos in der Zahl und Geschlossenheit der Teilnehmer liegen, aber darüber hinaus glauben wir, ohne die Intentionen des Festausschusses zu kennen, daß durch die Mitführung von Berufsemblemen, durch Anordnungen in Berufstracht und ähnlichen Schmuck der Zug an Wirkung und Interesse viel gewinnen dürfte. Festkarten, die zur Teilnahme an dem Umzuge berechtigten, werden jetzt schon ausgegeben.

Der Bau des Gewerkschaftshauses.

Die baupolizeiliche und regierungsseitige Prüfung des Gewerkschaftsbauprojektes hat die Verzögerung des Umbaus um einige Wochen zur Folge gehabt und einige Abänderungen des ursprünglichen Planes nötig gemacht. Wegen dieses Umstandes berief die Lokalkommission zu Mittwochabend eine kombinierte Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und Parteileiter ein, in der Genosse Masch ein Bild vom bisherigen Verlauf der Angelegenheit gab. Der Aufruf vom 2. Februar habe eine erhebliche Wirkung gehabt, die geforderte Summe von 100.000 Mk. ist in drei Monaten eingegangen oder doch durch die Gewerkschaften sichergestellt worden. Augenblicklich stehen etwa 260.000 Mk. bares Geld und 60.000 Mk. garantierte Beiträge zur Verfügung, eine Summe, die allerdings wegen verschiedener baupolizeilicher Änderungen unseres Projektes noch der Erhöhung bedarf. Die Abänderungen beziehen sich auf eine beträchtliche Verbreiterung der Einfahrten und Korridore, Neuanlegung von Treppenhäusern, Höherlegung der Dächer, was alles eine Einschränkung des benutzbaren Raumes bedeutet und zur Folge hat, daß man sich mit dem vorläufigen Bau von zwei Vorderhäusern nicht begnügen kann, sondern auch das dritte bald mit in Angriff nehmen muß. Dazu kommt die geforderte Unterumkleidung des großen Saales zur Durchfahrt für die Feuerwehr und Einziehen einer Brandmauer unter dem Dache. Alle diese Anordnungen können zwar den Bau nicht vereiteln, aber sie haben doch neue Ausgaben zur Folge, die gedeckt werden müssen. Diese Ansicht des Referenten, die von den übrigen Mitgliedern der Lokalkommission unterstützt wurde, fand die Zustimmung aller Redner aus der Versammlung. Ferner wurden Wünsche über die Bauleitung, Vergebung der Arbeiten am Orte, Einbau einer Wandel-Bühne und dergl. geäußert und der Lokalkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Besonderen Widerhall fand die Mitteilung, daß wenigstens für die Vorderhäuser

dem Beginn des Baues Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen. Die Auffassung der Versammlung wurde in folgender einstimmig angenommener Resolution niedergelegt:

Die heutige kombinierte Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Tätigkeit und den geplanten Maßnahmen der Lokalkommission einverstanden. Sie ist auch mit dem sofortigen Beginn des Baues, auch des dritten Vorderhauses, nach Eingang der Genehmigung und mit dem abgeänderten Bauplan einverstanden und verpflichtet sich, in den einzelnen Organisationen für die Ausbreitung der noch erforderlichen Mittel mit aller Kraft einzutreten.

Mit der letzten Wendung ist in erster Linie die Mahnung an die Gewerkschaftsorganisationen gemeint, ihren Kopfbeitrag von 6 Mark nun bald abzuführen. Dieser Mahnung wird in einem besonderen Aufruf der Lokalkommission noch Ausdruck gegeben werden. Aus den Mitteilungen, die gestern gemacht wurden, ging unmißverständlich hervor, daß die Bauache keine Stunde geruht hat, sondern in der eifrigsten Weise gefördert wird, dazu mögen nun auch alle organisierten Arbeiter beitragen.

Der goldene Zepher.

Die Ausschüsse II und IV der Stadtverordneten-Versammlung beschloßen gestern nach langer Debatte, den Ankauf des „Goldenen Zepher“ nur dann zu empfehlen, wenn der geachtete Verkäufer das Grundstück zum Preis von 200.000 Mark (gegen den bisherigen Preis von 250.000 Mark) abgibt. Auf die Bedingung der Weitergabe der „Bücherei“ hatte er vorher bereits verzichtet. In der Stadtverordnetenversammlung wird es nicht an Versuchen fehlen, den Preis wieder höher hinauf zu treiben; man hat ja in der Öffentlichkeit schon behauptet, daß in der Schmiedebrücke 1000 bis 1200 Mark für einen Quadratmeter Land gezahlt worden sei. Demgegenüber leit der Verkäufer der „Bücherei“ der „Breslauer Morgenzeitung“ mit, daß der von der Stadt Breslau für abgetretenes Straßengrund gezahlte Preis pro Quadratmeter 300 Mark für Schmiedebrücke und 150 Mark für Urthalerstraße betrug, bei einem Zehstkostenpreis von 200 bis 175 Mark pro Quadratmeter. Der Ankauf erfolgte vor zwei Jahren. Nach meinen Ermittlungen wurde bei dem früheren „Hotel de Zare“ der Quadratmeter mit 350 Mark bewertet. Beim Verkauf eines Grundstückes im ersten Viertel der Schmiedebrücke, vom Ring an gerechnet, wurde der Quadratmeter mit knapp 600 Mark bezahlt, was zwar nur deswegen, weil die Baufähigkeit ohne weiteres für den staufer benutzbar und in sehr gutem Bauzustand war.

Auch uns sind ähnliche Mitteilungen geworden, so heißt es in der einen: „Der Preis pro Quadratmeter Straßengrund betrug bei den Grundstücken Schmiedebrücke 18, ferner beim Grundstück Nr. 13-15, „Zu den 3 Vorkafen“, 300 Mark. Würde im Gegensatz hierzu der Verkaufspreis bei dem gegenüber liegenden Grundstück „Zum Landsknecht“ in vierfacher Höhe bewertet, dürfte eine Verbreiterung der Schmiedebrücke wohl in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein, da die interessierten Grundstücksbesitzer mehrfach ein Grundstück an beiden Seiten der Straße besitzen. Es wäre übrigens interessant, aus glaubwürdiger Quelle zu erfahren, wie viel von dem historischen kaulischen Zustand bei den vielfach in letzter Zeit erfolgten Umänderungen heute noch erhalten ist, oder woher die Waisenanstalt ihren historischen Wert herleiten kann.“

* Wer trägt die Kosten des Rücktransportes ausgewiesener ausländischer Arbeiter? 23 polnisch-russische Arbeiter, die auf dem Rittergut Stalski

Tuberkulose und Schule.

In der 12. Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, die in Gemeinschaft mit der 4. Versammlung der Schulärzte Deutschlands im Hygienischen Institut in Berlin stattfand, sprach Herr Geheimrat Dr. med. Dr. v. Kirschner, der Vorsitzende des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, über „Tuberkulose und Schule“. Er gab einen Überblick über die verschiedenen Bestrebungen der Tuberkulosebekämpfung: wissenschaftlich-biologische Forschung und die Gerinnungstherapie, die Entfaltung Robert Kochs war, über gesetzliche Maßnahmen und die charitative Fürsorge. An Hand der Statistik wies er nach, daß im Jahre 1875 von 10.000 Lebenden bei einer Gesamterkranklichkeit von 260 im ganzen 32 an Tuberkulose verstorben sind, während im Jahre 1910 bei einer Gesamterkranklichkeit von 160 auf 10.000 Lebende nur noch 15 an Tuberkulose starben. Die Gesamterkranklichkeit ist also ungefähr um ein Drittel, die Zahl der Todesfälle infolge Tuberkulose um über die Hälfte vermindert worden — ein Beweis für die Erfolge der Tuberkulosebekämpfung. Die Sterblichkeit in Tuberkulose ist trotz aller Fortschritte noch zu groß, insbesondere beim weiblichen Geschlecht und bei der Jugend. Rund 60.000 Personen sterben noch jährlich in Preußen an Tuberkulose. Stadtschulrat Wimmerauer in Mannheim hat durch Untersuchungen an Schulkindern festgestellt, daß der Prozentsatz bei Knaben 47, bei Mädchen 61 beträgt. Die Tuberkulose ist aber nicht eine Schulkrankheit, sondern eine Familienkrankheit, und hier muß der Kampf einsetzen. Wenn tuberkulose Lehrer und Kinder sich in der Schule aufhalten, besteht die Gefahr, daß sie ansteckend wirken; aber die Zahl der Kinder mit offener Tuberkulose ist in der Schule klein, jene der Kinder mit latenter Tuberkulose dagegen groß. Die letzteren haben aber die Tuberkulose von Hause mitgebracht. Dies gibt die Antwort auf die Frage, was wir zu tun haben, um die Tuberkulose bei der Jugend zu bekämpfen. Wir müssen sie vor der Verbreitung mit offener Tuberkulose beschützen. Ein erfolgreicher Kampf ist aber hier nur zu führen unter Beobachtung der Anzeigepflicht, wie sie in Braunschweig, Sachsen und neuerdings in Bayern und anderen Bundesstaaten eingeführt ist. In Preußen hat das Reichsgesetz eine Anzeigepflicht gebracht, das die Bestimmung enthält, daß der Kampf gegen übertragbare Krankheiten in den Schulen nicht durch die Polizei, sondern durch die Schulaufsichtsbehörde geführt wird. Daher ist letztere in der Lage, Vorschriften für die Schule zu

erlassen, ohne Hilfe der Gesetzgebung. Von dieser Ermächtigung haben die preussischen Schulaufsichtsbehörden schon Gebrauch gemacht. Es dürfen Lehrer und Kinder mit offener Tuberkulose die Schule nicht mehr betreten. Um diese Maßnahme, die sich durchaus bewährt hat, zu mildern, muß man alles daran setzen, um den Ausbruch der Krankheit zu verhindern und hier hat der Schularzt einzusetzen. Ein gemeinsames Vorgehen von Schülern und Lehrern wird den Erfolg sichern. Der Referent empfiehlt Untersuchung der Kinder vor dem Eintritt in die Schule, periodische Untersuchungen während der Schulzeit und Tuberkulinimpfungen. Wenn ein Kind zur Tuberkulose erkrankt ist, muß man versuchen, die Kinder in andere Verhältnisse zu bringen durch Bildung von Sonderklassen. Einige Städte, wie Charlottenburg, haben für solche Kinder Waldschulen errichtet; ähnlich sollte man für Lehrer Heilanstalten errichten. Schließlich empfiehlt der Referent gründliche periodische Reinigung der Schulräume; auch sollen in den Schulhäusern keine Menschen wohnen; man solle den Schulbesuchenden kleine Häuschen in der Nähe der Schule anweisen. Weiter empfiehlt der Referent die Institution der Schulpflege und der Schulwärter, sowie eine intensive Zahnpflege. Das wirksamste Mittel wird immer sein und bleiben, das ganze Volk durch die Schule über die Tuberkulose immer mehr und mehr aufzuklären.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Seizung und Lüftung in Schulen

sprach Professor Reichensach, Direktor des Hygienischen Universitätsinstituts in Göttingen. Er verlangte, daß die Wärme 20 Grad nicht überschreite. Um Wasserdampf und Nischstoffe zu entfernen, wünschte er als geringste Luftzufuhr für Erwachsene 15 Raummeter, für Kinder entsprechend weniger. Im übrigen sei natürlich die Lüftung nach der Lufttemperatur zu regeln. Öffnen von Fenstern und Türen während der Pausen sind außerdem wünschenswert. Für die Seizung der Schulräume komme in erster Linie Dampf- und Wasserheizung in Betracht, sonst auch elektrische Dauerbrandöfen womöglich mit Mantel und Frischluftzuführung. Gegen die Seizung mit Gasöfen sind übrigens bei guter Ausführung auch keine Bedenken zu erheben. Besteht eine zentrale Anlage, so müssen die Heizkörper unter die Fensterbank gestellt werden. — Diese Ausführungen wurden von Professor Dr. Bräbe, Vorkocher der Prüfungsanstalt für

Heizungs- und Lüftungseinrichtungen an der Technischen Hochschule Charlottenburg, nach der technischen Seite hin ergänzt. — Zuletzt betonte Prof. Reichensach noch, daß das Öffnen der Fenster während des Unterrichtes hedenklich sei. Es könne nicht die Aufgabe der Schule sein, die Abkühlung der Kinder durch Öffnen der Fenster vorzunehmen.

Sodann sprach Sanitätsrat Dr. Paul Meyer, Berlin

Herzkrankheiten des Schulkindes.

Er wies darauf hin, daß die schulaufsichtliche Untersuchung wertvolle Ergebnisse über die Herzkrankheiten der Schulkinder gebracht habe, während bisher auch in den Lehrbüchern die Frage der Verbreitung und Häufigkeit der Herzkrankheiten bei Kindern nur flüchtig behandelt worden sei. Das lag in der Natur der Sache, weil ein großer Teil der herzkranke Kinder keinerlei Beschwerden hat. Der Referent hat jahrelang eine große Zahl von Schulkindern auf Herzkrankheiten untersucht. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein erhebliches Steigen der Herzkrankheiten von den unteren in die oberen Jahrgänge festzustellen sei. Es scheint, daß das Pubertätsalter allein schon Bedeutung für das Auftreten von Herzkrankheiten habe. Besonders zu beachten ist die Frage, ob überstandene Wasser Herzkrankheiten verursachen. Bisher hat man angenommen, daß dies nicht der Fall ist.

Aus aller Welt.

Dem „Volke“ muß die Moral erhalten werden. Ein Prozeß, der zu mancherlei Betrachtungen geradezu herausfordert, hat am Dienstag vor dem Wiener Schwurgericht eingeleitet. Angeklagt ist der Verlagsbuchhändler Karl Wilhelm Stern wegen Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit. Der Verhandlung liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

Am 31. Dezember 1909 wurde im Geschäft des Angeklagten eine große Zahl von pornographischen Privatdrucken, etwa 30000 Bände konfisziert. Viele Privatdrücke des „Gesellschaftsleiter“ wurden nur an Subskribenten abgegeben. Unter diesen Subskribenten befanden sich ein Erzherzog, ein Bischof, zahlreiche hohe Generale und Diplomaten.

Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig. Er habe jahrelang mit Willen der Polizei sein Geschäft betrieben, als eines Tages plötzlich 20 Geheimpolizisten sowie zwei Polizeikommissare bei dem Angeklagten erschienen, um die Bücher zu

Neueste Nachrichten.

Feuer in der Kirche.

München, 30. Mai. In dem Dorfe Au bei Bad Teplitz brach gestern in der Kirche während des Gottesdienstes ein Feuer aus...

Sie schicken ruhig weiter.

Warschau, 30. Mai. Die russische Grenzbehörden fahren weiter fort, die die russische Grenze unheimlich überfliegenden Freikavaliers zu beschließen...

Tragischer Selbstmord.

Brügge in Belgien, 30. Mai. Die Belgierin im Alter von 40 Jahren in Soest geriet vor einigen Tagen mit ihrem Schwiegervater in einen heftigen Streit...

Ein wahnsinniger Automobilist.

Prag, 30. Mai. Seit einigen Tagen ereigte sich Fremden, die durch seine wahnsinnigen und schnellen Automobilfahrten durch die belebtesten Straßen Prags...

Großfeuer.

Petersburg, 30. Mai. Durch ein im Zentrum der Stadt Kasuja in Mittelrußland ausgebrochenes Großfeuer sind gegen hundert Häuser zerstört worden...

Berlin, 30. Mai. Aus Anlaß der Staatsfeierlichkeiten, wie die „Allgemein-Preussische Korrespondenz“ erzählt, folgende Städte im Osten neue Garnisonen...

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with weather data for various locations including Luftwärme, Luftdruck, and Windstärke.

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 1,00. Gestern vormittag Regen. Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with water level data for various locations including Pegel in Weiler, Ratibitz, and others.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 30. Mai. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Villardzimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.

blauer, weißgeringelter Nesselkragen, schwarzen, weißgeringelten Strümpfen mit blauen Gummistruempfhändlern, hohen gelben Schuhschuh mit hohen, aber bereits schiefgetretenen Absätzen.

Feuer in der Anwandmühle! Dieser Ruf verbreitete sich am Mittwoch abend gegen 8 Uhr mit großer Schnelligkeit in unserer Stadt.

Am Mittwoch abend gegen 8 Uhr mit großer Schnelligkeit in unserer Stadt. Von allen Seiten strömten Schaulustige nach der Werderstraße, um sich das seltsame Schauspiel eines Mühlenbrandes anzusehen.

Feuer. Am Mittwoch vormittag gegen 9 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach Maragarenstraße 14/16 gerufen. Hier war eine größere Menge Gas ausgeströmt.

Vermisst wird seit dem 10. d. Mts. die unverheiratete Martha Jant, Juridisch-Fühlstraße 59 wohnhaft gewesen.

Ermittelte weibliche Wasserleiche. Die am 28. d. M. am Maderweh aus der Oder gefundene weibliche Leiche ist als die eines Dienstmädchens, das bei einem Beamten in Wilhelmstr.

Erhängt aufgefunden wurde am Mittwoch in seiner Wohnung auf der Malergasse ein Schneider, der seit langer Zeit nervenleidend gewesen ist.

Diebstahl eines Irrenjungen. Der Verlagsbuchhändler Josef Schneider aus Breslau wurde in Prag verhaftet, weil er in einem Restaurant ein Portemonnaie gestohlen hatte.

Verloren wurden eine Portemonnaie mit Inhalt, ein goldenes Kettenarmband, zehn Portemonnaies mit Inhalt, zwei Trauringe, zwei schwarze Damenschirme, einer mit silbernem Knopf.

Geunden wurden eine goldene Damenuhr, ein Regenschirm, ein goldenes Armband, ein Behnmarlscheim, eine goldene Brosche mit Perlenbildnis, ein goldenes Medaillon, zwei leberne Damenhandtäschchen mit Inhalt, ein Sammelpompadour, ein Herrenfahrrad, ein Portemonnaie mit Inhalt.

Aus dem Landreise.

Lewitz. Freitag, den 31. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Gemeindevertreterversammlung bei Grünast statt, welche sich unter anderem mit der Eingemeindungsfrage beschäftigen wird.

Groß-Maffelwitz. Zu unserer gestrigen Notiz erklärt uns der Sohn des verstorbenen Herrn Begehaupt, daß alles, was sich auf den Mord an seinem Bruder und das angebliche Geständnis seines schon vor fünf Jahren verstorbenen Vaters bezieht, unwahr ist.

Deutsches-Lissa. Auch bei uns scheint man nach berühmten Mustern pflichtschuldigst rücheln zu werden. Als am 28. Mai der langjährige Genosse Wilhelm Saggale zur letzten Ruhe geleitet wurde, führte das Trauergesolge, Kollegen und Genossen des Verstorbenen, auch zwei Kränze mit sich.

So endete das furchtbare Ereignis ohne Mord und Blutvergießen, ohne Brand und Vandalismus, und ohne daß die angestrichelten Spießer von Deutsches-Lissa einen Herzschlag bekamen.

Die Stadt aber steht noch; sie steht wirklich noch! Was hätte aber nicht alles geschehen können, wenn die rote Schleife bis zum Grabe getragen worden wäre?

Neumarkt. Ein Raubmord wurde auf dem Wege zwischen Krinitz und Mlisch an der Anechisrau Zimmermann verübt. Der Ströcher nahm ihr unter Drohungen 2 Mk. ab, ebenso auch Wurstwaren, die sie bei sich trug.

An den Stadtverordnetenwahlen. Im Ortsverein der Scheiniger Vorstadt wurde mitgeteilt, daß für die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen der Vorstand des Vereins wegen Aufstellung geeigneter Kandidaten und in dem durch die Sozialdemokratie bedrohten Westbezirk wegen Zusammenarbeitens der bürgerlichen Parteien die geeigneten Schritte unternommen werden.

Die Reibhammelei. In der „Schlesischen Volkszeitung“ lesen wir: Von dem Ausstellungslande für die hundertförmigen Freiheitskriege veröffentlichte die „Breslauer Zeitung“ in ihrer Sonntagsausgabe einen Plan und einen erläuternden Artikel.

Massen-Vallon-Ausflüge. Zu dem am Sonntag, den 2. Juni d. J., auf dem Gelände des Gasanstalt III stattfindenden Gasan-Bennett-Ausfluges haben gemeldet die Vallons: „Franken II“, „Dr. v. Abercron“, „Osnaowitz“, „Ereid“, „Wintzer“ und „Stuttgart II“.

Diebstahliger Wäckerlehn. Der noch nicht fünfjährige Wäckerlehn Paul W. von hier ist in einer eisenen Kiste des Postkoffers von hier abgehört und jetzt vor dem Breslauer Jugendgericht verantwortung gemacht.

Verband der Töpfer. Freitag, den 31. Mai, abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshause eine Mittheilungsvorlesung statt, in der die Abrechnung vom Streit und die Ausgabe der neuen Tarife erfolgt.

Die Arbeiterjugend unternimmt am Sonntag, den 2. Juni, einen Ausflug nach Sora bei Deutsch-Lissa. Der Abmarsch erfolgt 1 Uhr nachmittags vom Kriegauerplatz und werden die Teilnehmer ersucht, die Lieberbücher mitzubringen.

Diebstahl's Grabflement. Heute Donnerstag, den 30. und morgen Freitag, den 31. Mai, spielt das Theater wegen Vorbereitung zur Wenderschen Revue „Es tut sich was“, geschlossen.

Im Garten an beiden Abenden: Konzert der Kapelle des Hrn. Rats, (2. Schief.) Nr. 11 unter Leitung des Kgl. Musikdirektors H. Reindel.

Sonnabend, den 1. Juni: Premiere „Es tut sich was“. Der Titel von Henry Wenders neuer Revue wird bald das Schlagwort ganz Breslaus sein.

Strassenverengungen. Wegen Neupflasterung wird die Neuanfurterstraße zwischen Westend- und Grenatstraße vom 29. d. Mts. bis 29. n. Mts. halbseitig, wegen Kanalarbeiten die Gemingstraße ganz, die Kröbelstraße und die Kreuzung Penning- und Hebbelstraße mit der Gröschenerstraße halbseitig vom 29. d. Mts. ab auf sechs Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Gelandete Wasserleiche. Am 1. Pfingstfeiertag wurde, wie bereits gemeldet, beobachtet, daß ein Mann in der Oder durch die Eisenaubrücke nach den Mühlen zu trieb und ein anderer hinter ihm her schwamm, vermuthlich um ihn zu retten, was ihm aber nicht gelang, so daß beide ertrinken sind.

Aufgefundene weibliche Leiche. Heute früh ist in dem Durchlaß des Bahndammes der Verbindungsbahn zwischen dem Güterbahnhof Mochebern und der Station Köpeln eine weibliche Leiche gefunden worden, die etwa 10 Meter tief in dem hinten geschlossenen tunnelartigen Raume lag.

Die polnischen Wahlkrawalle in Schweb vor Gericht.

Brandenburg, 29. Mai 1912.

Vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts begann heute unter starkem Andrang des Publikums, unter dem auch die polnische Gesellschaft stark vertreten ist, der Prozess wegen der Wahlkrawalle in Schweb am Abend des Reichstagswahl. Wegen Aufruhr und Landfriedensbruch sind angeklagt 17 polnische Arbeiter, von denen sich 9 in Haft befinden. Ein Teil der Angeklagten wird beschuldigt, an einer Zusammenrottung teilgenommen und Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt zu haben, die übrigen werden nur der Teilnahme an einer Zusammenrottung beschuldigt. Die Staatsanwaltschaft lehnt die Geschworenen mit polnischen Namen ab, darunter auch den polnischen Reichstagskandidaten Domoniewski aus Tebenitz. Bei der Vernehmung gegen die Angeklagten zu am Abend des Reichstagswahl auf dem Marktplatz gewesen zu sein, wo die Erregung der polnischen Bevölkerung außerordentlich groß war; feststellbar war man darüber empört, daß von den Deutschen für 12 Uhr nachts Musik bestellt sein sollte, und daß die Polen im Falle des Sieges der Deutschen unterdrückt werden sollten. Auf dem Markt wurden auch tauschweise die Häuser von der Bevölkerung mit Scherenspitzen, Eisen und Stein beworfen, und die Menge stürzte auf die versammelten deutschen Arbeiter ein und schlug mit Säulen und Äxten auf sie los. Die deutschen Arbeiter rückten in eine Schutzlinie, deren Mitglieder geschloffen und mit eisernen Nägeln beschlagen wurden. Auf diese Lokale wurde ein Steinbombenordement eröffnet, und auch als das Polizeiaufgebot blauf zog und gegen die Demonstranten losmarschierte, wurde auf die Polizei mit Steinen geworfen. Sämtliche Angeklagte bestritten, an diesen Gewalttätigkeiten irgendeine Beteiligung erweisen zu können. Der Angeklagte Kurtzweil muß zugab, daß er mit den übrigen Mitgliedern des Turnvereins Lokale den Gärtenmarsch nach dem Marktplatz und die Musik mitgemacht habe. Er gesteht auch ein, daß er an der Zerschmetterung der Schaufenster teilgenommen hat. Der Angeklagte Mackowski gibt an, er sei der Vorsitzende des Turnvereins Lokale, der 22 Mitglieder zähle, bestritt aber jede Teilnahme an den Zusammenrottungen. Ein anderer Angeklagter erklärt, daß Mackowski nur sehr wenig für den Marsch gekommen und manchmal von 3 Glas Bier so betrunken war, daß er nachher von nichts mehr weiß. Vorher: Dann paßt er aber schlecht zu einem Vorliegenden (Sonderfall). Die übrigen Angeklagten bleiben dabei, daß sie sich zwar in der Menschenmenge befunden haben, bestritten aber jegliche Gewalttätigkeit.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vorverlegt.

11. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.

München, 26. Mai.

Die Generalversammlung wurde gestern abend im Gesellschaftshaus „zur Lade“ eröffnet. Sie ist von 60 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern, 8 Gauleitern und den Vertretern der Redaktion, des Ausschusses, der Redigoren und der Presskommission besucht. Als Gäste sind anwesend: Bauer, Berlin von der Generalkommission, Masfatisch, Stuttgart als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Döring, Berlin vom Transportarbeiterverband und Wolf, und Janitschek, Wien von der Arbeiterorganisation Oesterreichs. Vorhergehend Scheffel, Berlin schilderte in der Eröffnungssprache die schönen Erfolge des Verbandes in der Verichtszeit. Sie hätten sich zum Ziel gesetzt, die Proletariat des Reiches zu überzeugen, Klassenbewußtsein zu machen. Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes pries das gute Verhältnis zwischen beiden Organisationen. Er wünschte nur, daß ein solches bei allen Verbänden vorhanden wäre, dann würden die Grenzstreitigkeiten in den deutschen Gewerkschaften bald aufhören. — Karl Masfatisch brachte die Grüße des Metallarbeiterverbandes. Er betonte, daß beide Verbände schon heute gemeinsam arbeiten und glaubt, daß dieses Zusammenarbeiten in absehbarer Zeit durch einen Zusammenschluß ein noch innigeres wird. Angelehen von kleinen Grenzstreitigkeiten sei das Zusammenarbeiten ein gutes, und zu hoffen, daß dies gute Einvernehmen bestehen bleibt.

Die vorgelesene Tagesordnung wurde bestätigt und dann verschiedene Kommissionen eingesetzt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung gab der Verbandsvorsitzende Scheffel, Berlin den Geschäftsbericht. Er erging den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten. Bei der Agitation sei die von Haus zu Haus am erfolgreichsten gewesen. Der schöne Aufschwung des Verbandes sei daher in erster Linie den Kollegen zu verdanken, die sich an der Kleinarbeit beteiligten. Der Vorstand habe sich an der Agitation nicht so intensiv beteiligt können, wie er gerne wollte, da die angestellten Kollegen zu sehr belastet seien. Der Vorstand schlägt daher vor, eine weitere Kraft für das Hauptbureau anzustellen, die der Agitation besondere Aufmerksamkeit schenkt. Grenzstreitigkeiten bekämpfen mit mehreren Verbänden. Durch Abschluß von Kartellverträgen suchte der Vorstand diese zu beseitigen. Vereinbarungen wurden getroffen mit den Verbänden der Brauerer- und Mühlenarbeiter und der Transportarbeiter. Kein gutes Einvernehmen besteht mit dem Verband der Gemeindearbeiter. Der Vorstand vertritt, mit dieser Organisation eine Einigung durch Abschluß eines Kartellvertrages zu erzielen, dies ist aber noch nicht gelungen. Scheffel behandelte dann die Lohnbewegung und besprach dabei ausführlich den Streik auf der Porzellan-„Union“ im März vorigen Jahres. Die Unternehmer und die ihnen dienstwillige Presse gaben sich große Mühe, diesen Streik gegen die Beteiligten und gegen die gesamte Arbeiterklasse auszuüben. Es wurde gegen die Maschinen die Beschuldigung erhoben, absichtlich in großem Umfang Sachbeschädigungen vorgenommen und den Tod eines verunglückten Arbeiters verursacht zu haben. Die Arbeiterpresse hat diese Beschuldigungen wiederholt nachdrücklich als unwahr zurückgewiesen, die Verleumdungen kehren aber immer wieder. Auch der „rühmlichst“ bekannte Professor Bernhard in Berlin hat auf Grund dieser Vorgänge den deutschen Gewerkschaften verurteilte Sabotage und Entartung vorgeworfen. Prof. Brentano, München ist ebenfalls in der „Franken Zeitung“ Bernhard entgegengetreten. Wir müssen — erklärte Scheffel unter Zustimmung der Generalversammlung — gegen diese leichtfertigen Beschuldigungen Bernhards entschieden Protest einlegen. Dem freisprechenden Urteil gegen den in dieser Sache angeklagten Kollegen gegenüber hat Prof. Bernhard die Augen zugeknipft! — Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Berichterstatter auf die vorliegenden Anträge ein, und bezeichnete als wichtigste Aufgabe des Verbandes, eine Stärkung der Finanzen vorzunehmen.

Den Kassenbericht erstattete Klein, Berlin. Er wandte sich gegen eine Erweiterung der Unterstufungen. Die Kasse dürfe nicht weiter belastet werden, sondern es müßten ihr mehr Mittel zugeführt werden.

Für die Redaktion berichtete Kirchner, Berlin. Die Aufgabe des alle 14 Tage erscheinenden Verbandesorgans be-

trug am 1. Januar 1910 25 000, am Schluß der Verichtsperiode 31 000. Die wöchentlich erscheinende technische Beilage hat eine etwas höhere Auflage. Der Redakteur begründet die Fortwährende der wöchentlichen Herausgabe des Verbandesorgans.

Die Abschuß- und Revisionsberichte sind nicht von Belang. Die Mandate der Delegierten werden für gültig erklärt. An die Geschäftsberichte schloß sich eine sehr lebhaft debattiert, in der sich die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten. Fast alle Redner berührten die leidigen Grenzstreitigkeiten. Es wurde gefordert, daß die Verbände der Metallarbeiter und Brauer Kollegen aufhören, und so die Bestimmungen der Kartellverträge nicht einhalten. Bei Lohnbewegungen sollte die gegenseitige Verständigung. Auch mit den Fabrikarbeitern bestehen Grenzstreitigkeiten. Die stärksten Vorwürfe werden gegen die Gemeindearbeiter erhoben. Redakteur Kirchner sprach dem Gemeindearbeiterverband die Entschuldigungen ab. Tzaganen wandte sich der Vertreter der Generalkommission, Bauer, Berlin. Solch schwerwiegende Vorwürfe müßten zurückgewiesen werden. Es sei nicht richtig, daß der Gemeindearbeiterverband keine Erstzuzugsberechtigung habe. Es gebe genug städtische Anstalten, bei denen es gar nicht zweifelhaft sei, daß sie in den Gemeindearbeiterverband gehören. Wegen des Bestrebens der Gemeindearbeiter, ihre Organisation zur Betriebsorganisation auszubauen, hätten die Vorwürfe sich wiederholt energisch Stellung genommen. Die deutschen Gewerkschaften müßten auf dem Standpunkt der Betriebs- bzw. Betriebsorganisationen. Die Grenzstreitigkeiten seien auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, man solle sie nicht allein schaft verurteilen. In den letzten Jahren habe sich im Gemeindearbeiterverband das Bestreben durchgesetzt, durch Abschluß von Kartellverträgen Differenzen zu vermeiden.

Fleissmann, Hamburg meinte, die Selbsthilfe sei bei den Grenzstreitigkeiten das Beste, was man machen könne. Nachdem 26 Redner zu den Geschäftsberichten gesprochen hatten, wurde die Debatte durch Schlußantrag geschlossen und die Verhandlungen vertagt.

München, 27. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden die Schlusssätze zu den Geschäftsberichten eingelesen. Die Referenten kamen auf die von den Debattierenden aufgeworfenen Punkte ausführlich ein. Dem Vorstande und der Redaktion wurde Entlassung erteilt. Einmütig wurde entgegengesetzt dem Ausschluß des Mitgliedes, Richter in Berlin.

Dann trat der Vorstand in die Statutenberatung ein. Hierzu lagen 115 Anträge vor, von denen viele, welche die Statuten zum Bezugs der Erwerbslosenunterstützung betrafen und solche, die die Bezugsdauer dieser Unterstützung verlängern wollten, nicht genügend unterstützt wurden. Die Generalkommission war sehr ausgedehnt und stellte einen großen Teil des heutigen Tages aus. Die Delegierten begründeten die von ihnen für sich eingetragenen Anträge. Der Vorstandsvorsitzende auf Erhöhung des Beitrages um 10 Pfennig pro Woche fand fast einstimmige Zustimmung. Die Berliner Delegierten wendeten sich zuerst gegen die Beitragserhöhung, weil sie sich auch gegen jede Erweiterung der Unterstützungsmöglichkeiten wandten. Später gaben sie eine Erklärung ab, daß sie nun doch für die Beitragserhöhung stimmen und in Berlin für deren Durchführung eintreten werden. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit Beifall an. Die Bestimmungen über die Bewahrung von Rechtsakten sollen nach einem Antrag des Vorstandes einer Neuauflage unterzogen werden. Die von zahlreichen Mitgliedsvereinen und Verwaltungsräten vorgeschlagene Einführung einer Nutzungsunterstützung wurde fast einstimmig unterstützt. Auch der Vorstand trat für sie ein, bemerkte aber, daß eine weitere Ausdehnung der Unterstützungen nicht in Betracht kommen dürfe. Ueber die Frage, ob der Ausschuss für die Aufnahme gewählt werden soll, rief ein Antrag Kammer längere Erörterungen hervor. Der Antrag will, daß die Ausschussmitglieder den Vorsitzenden unter sich wählen; er ist mehrfach auf Widerspruch für einen Antrag Dresden, in zusammenhängenden Industriegebieten beschaffte Zahlstellen zu einer Verwaltungsstelle zusammenzufassen traten mehrere Redner ein.

Schließlich wurden sämtliche Anträge einer lebhaftgediegenen Kommission übergeben.

Dann behandelte der Vorstand die parlamentarischen Anträge allgemeiner Natur, die aber heute nicht mehr alle erledigt wurden.

Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Arbeiterbewegung.

Schwindelmannöver im Görlitzer Lohnkampf.

Der Kampf bei der Görlitzer Waggonfabrik nimmt immer groteskere Formen an: mit allen Mitteln versucht man die kämpfende Arbeiterklasse niederzuringen. Die Versuche, die Polizei auf die Streikenden zu heben, sind nicht geübt, ebenso die von kirchlichen Vätern verbreiteten Terrorismus-Schwindelgeschichten, deshalb greift man jetzt zu anderem Schwindel. Jetzt wird von der Firma und ihren Beamten überall das Gerücht verbreitet, daß der Streik beendet sei. Wir stellen deshalb ausdrücklich fest, daß die Nachrichten unzutreffend sind, und eruchen, den Bezug nach Görlitz streng fernzuhalten.

In bürgerlichen Provinzialblättern steht immer noch das Gerücht, daß alle Arten von Handwerker für die Görlitzer Waggonfabrik gesucht werden.

Die Entwicklung der norwegischen Arbeiterbewegung.

In der norwegischen Mainnummer des „Labour Leader“, die eine Menge Beiträge aus den verschiedensten Ländern enthält, gibt Einarr die eine Darstellung seiner heimatischen Bewegung. Die norwegische Arbeiterpartei wurde 1897 gegründet. Doch leitete ihre Vorgeschichte zurück auf den Vater der neuen norwegischen Literatur, H. Wergeland, der 1829 bis zu seinem Tode 1845 ein Blatt, betitelt: Für die Arbeiterklasse, herausgab. Ihm folgte M. Thranø, der 1848 die erste Organisation gründete. 1850 gab es 250 Vereine mit fast 21 000 Mitgliedern. Die Bewegung, die Ähnlichkeit mit dem Charismus hatte, wurde verfolgt, Thranø und andere 187 mit Gefängnis bis zu 15 Jahren verurteilt. Thranø ging später nach Amerika und setzte dort sein Werk fort. Später gründeten zwei Geistliche Vereine, die heute unserer Bewegung angehören. Von 1872 (Buchdrucker) an vollzog sich die Gründung von Gewerkschaften. 1899 wurde der Allgemeine Gewerkschaftsverband geschaffen.

Die Partei hat 25 Pressorgane, davon 8 Tagesblätter und 2 Monatsblätter. Die Stimmzahl bei allgemeinen Wahlen war: 1900 7 013, 1903 24 526, 1906 42 793, 1909 90 985, das sind 26 Prozent aller Stimmen. — Die Zahl der Gemeindevorsteher stieg von 147 im Jahre 1901 auf 1071 im Jahre 1910. — Die Gewerkschaften zählten 1899 3500, 1904 9043, 1907 40 500,

1910 48 000 und 1911 52 000 Mitglieder. Die Leiter der Partei gehören auch der Leitung des Gewerkschaftsverbandes an und umgekehrt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Das Sängertfest in Freiburg.

Zu einer wichtigen und improvisierten Kundgebung gestaltete sich das 2. Bezirks-Sängertfest des 4. Bezirks vom Gau Schlesien des Arbeiterfängerbundes. Zu Tausenden waren die langgestreckten Proletarier nach Freiburg gekommen, um Zeugnis von ihrem Können abzulegen; und wahrlich, das haben sie getan. Schon der Festzug, an dem sich über 3000 Personen beteiligten, zeigte in seiner geschmackvollen und künstlerischen Ausmachung, daß in der Arbeiterfängerei Kräfte vorhanden sind, die einen sehr ausgeprägten Sinn für alles Schöne und Edle besitzen. Einen betonen Festzug, sowohl was die Größe als auch die künstlerische Ausmachung anbelangt, dürfte Freiburg noch nicht gesehen haben. Auch der sonstige Verlauf des Festes war ein überaus würdiger. Gelang erweist das Leben, Gelang erfüllt das Herz! In diesen Worten wurde man unwillkürlich erinnert, als man den „Kaiserpaß“ lesen bereit. Ein würdiger und beglückendes Erlebnis überließ den Beobachter, der die stolze Männercharakter sah, die mit trögigen Gesichtsausdruck und blühenden Augen, mit geschulten und kräftigen Tönen das „Freiwache Volk, erwache!“ in den wogenden Menschenmengen hineinschmetterte. Durch diesen machtvollen und begeisterten Gesang wurde auch der Gleichgültige gerührt, und es dürfte sich in jeder Proletarierbrust ein geheimnisvolles Zehnen nach Freiheit bemerkbar gemacht haben. Spät am Abend erst ging man auseinander, mit dem beglückenden Gefühl im Herzen, einen schönen Tag erlebt zu haben.

Dieser wird uns von sachverständiger Seite noch geschrieben:

Schon am Abende des ersten Pfingstfesttages hatten die wackeren Freiburger beim Mommsen Gelegenheit, Zeugnis ihres Könnens abzulegen. Am überaus reichhaltigen Programm überboten sich Sänger und Zuhörer mit einem und dem anderen Vortrag und hielten die „Kaiserpaß“ vor dem nachmittäglichen Festzug. Auch der „Kaiserpaß“ wurde durch den „Kaiserpaß“ überboten. Am Abend wurde durch den „Kaiserpaß“ überboten. Am Abend wurde durch den „Kaiserpaß“ überboten.

Der eigentliche Festtag wurde durch die martige Begrüßungssprache des Gauvorsitzenden, Herrn N. Lohr, Dresden eröffnet. Mit freudigen Worten schilderte der Redner die Vorbereitungen der Arbeiterfängerei und wie dabei auch auf die hohe Bedeutung des Festes hingewiesen wurde. — Der Verlauf des darauffolgenden Festes war ein allgemeiner durchaus befriedigender. Die Musikchöre, sowohl für Männer als auch für Frauenstimmen wirkten unter der unübertrefflichen Leitung des Bezirksdirigenten Herrn Simons hervorragend; und wenn ich daneben auch die kleinen Chöre immerhin gelobt verzeichnen darf, so war dies hauptsächlich der mangelhaften Haltung und besonderten Aufmerksamkeit des Publikums zu danken. Kleine Chöre haben natürlich den Vorrang gegenüber immer einen höheren Stand, besonders dann, wenn sie im Freien auftreten werden. — Die Frauenchöre von Freiburg und Albstadt waren an Tonalität nichts zu wünschen übriglassend. Die Reichrager zeichnen sich durch geschmackvolle Aufführung ihrer Gesänge aus. — Während sich der Streichorchester Männerchor durch rhythmische Kraft und seinen energischen Kontrastbewegungen hervorstach, wirkten sich die Männerchöre Albstadt und Waldenburg durch ihre gute Aussprache und Abmessen aus.

Die gute Aussprache ist ein Kennzeichen der höchsten Bedeutung für die allgemeine Wirkung eines Gesangsvereines. Wie selten hört man noch ein richtiges u, ein wohlklingendes s, oder ein kernvolles n singen.

Solange wir aber solche Kräfte erkennen, solange wir maßvollere Schritte beachten und unsere Dirigenten wahrnehmen, wo sie den Bedarf anzusehen haben, werden wir auch einer festen Festung auf dem Wegwege unserer Chorgesangs fest entgegensehen können.

Gottesberg, 30. Mai. Unter den Rädern des Fuages.

Mittwoch mittag ereignete sich auf dem Bahnhof Kellhammer ein schrecklicher Unfallsfall. Ein etwa 13-jähriges Mädchen wollte, als der Lokus mittags 1 Uhr 41 Min. von Kellhammer über Gottesberg nach Salzbach abging, den bereits in Bewegung befindlichen Zug besteigen, glitt aber ab und kam auf die Schienen zu liegen. Sie wurde von den Rädern des Fuages der Länge nach in zwei Hälften geteilt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Verantwortlichkeit der Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Altwaifer, 30. Mai. Eine mysteriöse Vergiftung.

Die altwaifer hat sich auf dem Sandberge gütet. Der etwa 37 Jahre alte Bremner Wittig, welcher in der Porzellanfabrik von H. Ohme in Nieder-Salzbrunn tätig ist, hatte dort von Freitag zu Sonnabend durchgearbeitet. Am Mittags hatte ihm seine Frau das Essen in die Fabrik getragen; dasselbe bestand zum Teil aus Bratartoffeln, die er nicht gleich ab, sondern in seinem Arbeitsraum stehen ließ, bis die Arbeit vollendet war. Als er nun später die Kartoffeln ab, fiel ihm der sonderbare Geschmack und das eigentümliche Aussehen der Kartoffeln auf. Kaum hatte er einige Löffel gegessen, als ihm auch schon unwohl wurde. Es stellte sich bald darauf hartes Erbrechen ein, so daß der Arbeiter keine Wohnung aufsuchen mußte. Der hinzugezogene Arzt stellte Vergiftung fest, deren Wirkung nicht mehr zu beseitigen war. Unter furchtbaren Schmerzen verstarb Wittig in der Nacht. Auf erstattete Anzeige hin ist die Leiche von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und eine Untersuchung eingeleitet worden. Unkontrollierbare Gerüchte deuten auf ein Verbrechen hin.

Sirchberg, 30. Mai. Schneefall.

Bei einer Temperatur von ein Grad Kälte fand in der vergangenen Nacht im Riesengebirge ein ziemlich heftiger Schneefall statt. Das Wetter scheint sich jedoch im Verlaufe des Tages wieder aufzuklären.

